Nr. 305 ♦ 40. Jahrgang
Ausgabe A Nr. 151

Morgenausgabe

800 Mark

Bezugspreis:
Für den Monat Juli 22 000 M. voraus zahlbar. Unter Kreuzband für Deutschland, Danzig, Saar- und Memelgebiet sowie Oesterreich und Luxemburg 30 000 M., für das übrige Ausland 35 000 M. Postbezugspreis freibleibend. Postbestellungen nehmen an Belgien, Dänemark, England, Estland, Finnland, Frankreich, Holland, Lettland, Luxemburg, Oesterreich, Schweden, Schweiz, Tschechoslowakei und Ungarn.
Der „Vorwärts" mit der Sonntagsbeilage „Volk und Zeit", der Unterhaltungsbeilage „Heimwelt" und der Beilage „Siedlung und Kleingarten" erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin"

Vorwärts
Berliner Volksblatt
Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:
Die einspaltige Nonpareillezeile kostet 5000 M. Reklamezeile 25 000 M. „Kleine Anzeigen" das fettgedruckte Wort 1500 M. (zulässig zwei fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 500 M. Stellengesuche das erste Wort 800 M., jedes weitere Wort 500 M. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Familien-Anzeigen für Abonnenten Zeile 1200 M.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4½ Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachm.

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Redaktion: Dönhoff 292—295 Verlag: Dönhoff 2506—2507

Dienstag, den 3. Juli 1923

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Postscheckkonto: Berlin 375 36 — Bankkonto: Direktion der Diskonto-Gesellschaft, Depositenkasse Lindenstraße 3

Fechenbach vor dem Reichstag.

Verjährt – aber trotzdem im Zuchthaus!

In einem bayerischen Zuchthause sitzt seit mehr als einem Jahre der Journalist Fechenbach. In vielen Zeitungen und Zeitschriften Deutschlands und des Auslandes ist das Urteil von angesehenen Männern der Rechtsprechung als ein Justizmord gebrandmarkt worden. In zahlreichen Versammlungen haben Volksmassen derselben Meinung Ausdruck gegeben. Man kann die Einkerkerung Fechenbachs vergleichen mit dem Dreyfus-Skandal. Im Deutschen Reichstage, der am gestrigen Montag die sozialdemokratische Interpellation über die Opfer der Volksgerichtsjustiz verhandelte, scheint die Erregung über den Fall Fechenbach bei den bürgerlichen Parteien noch kaum Widerhall gefunden zu haben. Die Bänke der Mittelparteien waren sehr schwach besetzt, und in der deutschnationalen Fraktion hielt ein einziger Mann die Parlamentswache! Unser Genosse Dittmann erzwang sich schon nach wenigen Minuten die dauernde Aufmerksamkeit des Hauses. In sehr ernsten Worten, die tiefen Eindruck machten, wandte sich unser Redner an den ganzen Reichstag, handle es sich doch um das Höchste und Heiligste, um Deutschlands Ehre. Die bürgerlichen Abgeordneten nahmen die entschiedene, stellenweise sehr scharf zugespitzte Rede Dittmanns fast ohne Widerspruch auf. Es schien, daß auch zahlreichen Bürgerlichen ein Gefühl dafür aufgegangen ist, wie durch das Urteil des Volksgerichts das menschliche Empfinden vergewaltigt und politischer Schaden angerichtet worden ist.

Fast möchte man glauben, daß eine geringe Erkenntnis dieser Tatsache auch in der bayerischen Regierung aufzudämmern beginnt, denn die Antwort des bayerischen Gesandten v. Preger war nicht ohne weiteres ablehnend. Er verteidigte zwar das Urteil und bestritt dessen politische Tendenz. Aber er schien ein Gnadengesuch Fechenbachs anzuregen und beteuerte, daß nach Eingang eines solchen Gesuches nicht nur alles gegen das Urteil bisher vorgebrachte Material eingehend nachgeprüft, sondern von der bayerischen Regierung auch ein Rechtsgutachten des Obersten bayerischen Landesgerichts eingeholt werden würde. Ein Gnadengesuch Fechenbachs liege aber bisher noch nicht vor. Der Reichsjustizminister Dr. Heinze gab glatt zu, daß das Urteil zu zahlreichen Zweifeln Anlaß gebe. Allerdings sieht er die Frage nicht so einfach wie Dittmann. Sonderbar mußte es berühren, welche Bedeutung der Reichsjustizminister den Seelenforschungen des bayerischen Volksgerichts in der mündlichen Verhandlung beilegte. Es muß nicht sehr gut um ein Urteil bestellt sein, das nach der Meinung des Reichsjustizministers so stark auf dem Eindruck basiert ist, den der Angeklagte in der mündlichen Verhandlung gemacht haben soll. Bemerkenswert ist, daß auch der Reichsjustizminister mit den meisten Fachleuten die Verjährung gegeben sieht. Nach diesen beiden Regierungsreden hatten auch manche Abgeordnete der Linken den Eindruck, daß bayerische Regierung und Reichsregierung doch etliches zu tun beabsichtigen, um die Folgen des Münchener Justizmordes möglichst rückgängig zu machen.

Wie sehr man sich aber hüten soll, in voreiligen Optimismus zu verfallen, bewies sofort die Rede des bayerischen Volksparteilers Emminger, des Vertreters der in Bayern herrschenden Partei. Er findet das Urteil so umfassend und gut begründet, daß nichts dagegen einzuwenden sei. Dieser bayerische Staatsanwalt verteidigt das Urteil nicht nur, sondern man merkt in jedem Satze seiner Rede, daß er von den bayerischen Volksrichtern und ihrer Urteilsbegründung nahezu begeistert ist. Zwar wehrt er sich gegen Zurufe mit der Bemerkung, er hätte kein schärferes Urteil gewünscht, aber sein ganzer Vortrag klingt wie ein Plädoyer, auch ein etwaiges Gnadengesuch abzulehnen und Felix Fechenbach durch die Vollstreckung der elfjährigen Zuchthausstrafe bis zu Ende zu erledigen. Er behauptet, daß Fechenbach Frankreich Vorschub geleistet habe, und schließt mit der Bemerkung, das bisher vorgebrachte Material reiche nicht aus, um das Fechenbach-Urteil im geringsten zu erschüttern! Diese auch in der Form zynische Rede wirkte auf die Linke und vielleicht auch auf den einen oder anderen Mittelparteiler abstoßend und verletzend. Heute, Dienstag, werden nun die übrigen Parteien kundzutun haben, ob sie mit dazu beitragen wollen, daß ein auf so unsicherer Grundlage zu unerhörter Freiheitsstrafe verurteilter Mann im Zuchthause hinsiechen muß!

•

Der Reichstag ist gestern Montag wieder zusammengetreten. Präsident Löbe eröffnete die Sitzung um 4 Uhr mit der Mitteilung, daß der

Abg. Most (D. Vp.) als Geisel

für die Sprengung auf der Duisburger Eisenbahnbrücke in Haft genommen worden ist. (Pfuirufe.)

Auf der Tagesordnung der ursprünglich für 3 Uhr festgesetzten Sitzung stand als erster Punkt die zweite Beratung des Gesetzentwurfs über die Nationalfeiertage. Doch wurde auf Vorschlag des Aeltestenrats dieser Gesetzentwurf, über den zwischen den Parteien noch verhandelt wird, abgesetzt und Punkt 2 der Tagesordnung: Interpellation der Sozialdemokraten über die Rechtsprechung des Volksgerichts in München im Landesverratsprozeß Fechenbach vorweggenommen. Die am 23. Oktober v. J. eingebrachte Interpellation fragt die Reichsregierung, was sie gegen das Urteil zu tun gedenke, durch das Fechenbach zu elf Jahren Zuchthaus verurteilt wurde, weil er Mitteilungen über in Bayern bestehende, im Reiche aber verbotene Geheimorganisationen gemacht hätte.

Die Interpellation begründet

Abg. Dittmann (Soz.):

Hervorragende Gelehrte, Juristen, Politiker der verschiedensten Parteien haben gegen das Fechenbach-Urteil Stellung genommen; auch das Ausland hat sich mit der Sache beschäftigt. Das Urteil bildet eine Quelle dauernder politischer Beunruhigung im Innern und schädigt das moralische Ansehen Deutschlands im Ausland. (Lebhafte Zustimmung links.) Der Landesverrat Fechenbachs soll in der Auslieferung wichtiger Schriftstücke an den Franzosen Payot bestanden haben, die dann im Pariser „Journal" veröffentlicht wurden. Dabei steht fest, daß es sich um Schriftstücke handelt, die bereits von der Münchener Räteregierung veröffentlicht worden waren. (Lebhaftes Hört! hört! links.) Das Telegramm des Barons Ritter, das 1919 im „Journal" veröffentlicht wurde und das Fechenbach an ein Korrespondenzbureau verraten haben soll, betraf den Vorvorgänger des jetzigen Papstes. Dieses Telegramm war alles andere als ein diplomatisches Aktenstück, und es wirft ein eigentümliches Licht auf das politische Urteil des Münchener Volksgerichts, ein so bedeutungsloses Telegramm für ein wichtiges Aktenstück zu erklären. Auch die Folgerung des Gerichts, daß die Veröffentlichung dieses Telegramms ungünstig auf Verhandlungen eingewirkt habe, die im April 1919 zwischen dem Papst Benedikt und der französischen Regierung über Deutschland stattfanden, ist hinfällig, weil das

Diktat von Versailles bereits feststand, noch bevor das Ritter-Telegramm veröffentlicht

wurde. Das Urteil wegen Landesverrats ist ein Fehlurteil, das irgendwie, wenn auch nur auf dem Wege der Begnadigung, korrigiert werden muß. Das Urteil ist aus der Atmosphäre geboren, die in München nach der Niederwerfung der Räteregierung herrscht. Dabei ist Fechenbach kein Bolschewist; er hat die Beteiligung an der Räteregierung direkt abgelehnt. Der Sachverständige Dr. Thimme hat durchaus zugunsten Fechenbachs ausgesagt. Die Veröffentlichung des Ritter-Telegramms durch den Journalisten Payot hat sich ausdrücklich auf Fechenbach bezogen. Dieser kann also gar nicht das Bewußtsein einer strafbaren Handlung gehabt haben, wenn er sich öffentlich als Gewährsmann nennen ließ. Fechenbach kann nie und nimmer das Bewußtsein gehabt haben, daß das Ritter-Telegramm noch ein Geheimdokument sei. Auch verschweigt das Urteil, daß Ministerpräsident Eisner das Ritter-Telegramm gekannt hat und daß Fechenbach es nur von Eisner bekommen haben kann, zumal festgestellt ist, daß Eisner die Veröffentlichung des Telegramms wollte. Fechenbach konnte also, auch nach dem Urteil erster Autoritäten im Presserecht, höchstens als Mittäter oder Gehilfe in Frage kommen. Eine bayerische juristische Autorität hat überdies nachgewiesen, daß die Handlung Fechenbachs schon am 15. Mai 1921 verjährt war, also bevor das Verfahren gegen ihn eröffnet wurde. Das ist

eine gerichtliche Ungeheuerlichkeit.

Wenn man das Urteil liest, empfängt man den Eindruck, als ob es die Aufgabe des Gerichts sei, Geheimorganisationen vor Spitzeln zu schützen. Das Urteil konstatiert Landesverrat, weil die Geheimhaltung von Mitteilungen über die reichsgesetzlich verbotenen Geheimorganisationen im Reichsinteresse geboten gewesen sei. Nach dieser Theorie gehört aber auch Ludendorff ins Zuchthaus. Die Berufung des Gerichts auf das Gutachten Dr. Thimmes ist völlig unhaltbar, denn dieses Gutachten läuft darauf hinaus, daß Fechenbach die Landesinteressen eher gefördert als geschädigt habe. Prinz Hohenlohe stellt den Fall Fechenbach in Parallele zum Falle Dreyfus. Die Volksgerichte, gegen deren Urteile es keine Berufung gibt, sind unvereinbar mit der Reichsverfassung, denn sie entbehren der elementarsten Rechtsgarantien. Die bayerische Regierung will sie ja auch aufheben, sobald die Justizreform in Kraft tritt. Aber wann wird das sein? Irgendwie muß

ein Wiederaufnahmeverfahren

ermöglicht und Fechenbach einstweilen sofort aus dem Zuchthause entlassen werden. Die Reichsregierung fordere ich dringend auf, ihren ganzen Einfluß in diesem Sinne aufzubieten. Der Wiederaufbau Deutschlands erfordere auch eine vertrauenswürdige Rechtspflege. Möge die Reichsregierung bedenken, daß es hier nicht bloß um Menschenschicksale geht; es geht um mehr, es geht um Deutschlands Ehre! (Lebhafter Beifall bei den Soz.)

Vor Beantwortung der Interpellation gibt

Bayerischer Gesandter v. Preger

namens seiner Regierung die Erklärung ab, daß die Richtigkeit des Urteils einer gründlichen Prüfung unterzogen wird, wenn ein Begnadigungsgesuch Fechenbachs vorliegt. Dann wird Gelegenheit sein, die gesamten Rechtsgrundlagen des Urteils und die rechtlichen Einwände und Bedenken eingehend nachzuprüfen. Die bayerische Staatsregierung beabsichtigt, im Falle eines Begnadigungsgesuches ein Rechtsgutachten des bayerischen Obersten Landesgerichts über die gesamten Fragen des Urteils einzuholen. Dieses Rechtsgutachten wird die bayerische Regierung ihrer Entscheidung zugrunde legen. (Lebhafte Zurufe links.)

Zur Beantwortung der Interpellation ergreift

Reichsjustizminister Dr. Heinze

das Wort: Es ist eine außerordentlich schwierige Sache, eine Angelegenheit von der Bedeutung des Urteils gegen Fechenbach hier im Plenum zu verhandeln. (Lachen links.) Ich gebe zu, daß das Urteil, das außerordentlich umfangreich ist, zu zahlreichen Zweifeln Anlaß gibt. (Hört, hört! links.) Die eben gehörte Erklärung der bayerischen Regierung zeigt einen Weg, der beschritten werden kann, denn durch Parlamentsbeschlüsse lassen sich so komplizierte Dinge unter keinen Umständen lösen. Es sind hier Zweifel an dem Urteil vorgebracht worden, die gewiß berechtigt sind, aber man muß den ganzen Tatsachenkomplex berücksichtigen. Daß die Veröffentlichung beider Schriftstücke aufreizend in Frankreich gewirkt hat, kann nicht bezweifelt werden. Man kann nicht auf Grund von Teilen des Urteils zu gegenteiligen Feststellungen kommen. Ich muß eine solche scharfe Kritik an einem Urteil, das nach bestem Wissen und Gewissen ergangen ist, ablehnen. Für mich steht fest, daß

nach der Reichsverfassung die bayerischen Volksgerichte zu Recht

bestehen. (Lebhafte Bewegung links. — Rufe Hört, hört!) Zur Frage der Verjährung nach dem Preßgesetz meint die große Mehrheit der Literatur, daß das Delikt verjährt sei; es gibt aber auch gegenteilige Stimmen. Ich selbst neige zur Anerkennung der Verjährung. Wir können für den Vorschlag der bayerischen Regierung dankbar sein. Ich bitte deshalb, das Gutachten des bayerischen Oberlandesgerichts abzuwarten.

Auf Antrag **Müller-Franken** (Soz.) wird in die Besprechung der Interpellation eingetreten.

Abg. **Emminger** (Bayer. Vp.): Es geht nicht an, daß ein Parlament sich als Berufungsinstanz über ein Gerichtsurteil konstituiert.

Selten ist ein Urteil so gut ausgearbeitet

worden wie dieses Fechenbach-Urteil. (Lachen links.) Die Rechtsbeständigkeit der Volksgerichte steht fest. Daß die Kurie durch die Veröffentlichung des Telegramms schwer geschädigt werden mußte, kann nur Voreingenommenheit leugnen. Die Parteinahme für Fechenbach scheint mir durchaus menschlich begreiflich. Aber das heute vorgebrachte Material reicht nicht im geringsten aus, um das Urteil zu erschüttern.

Fortsetzung der Besprechung Dienstag, 2 Uhr. — Schluß nach ½7 Uhr.

Weitere Beratungen über den ehrlichen Lohn

Der Wochenindex kommt.

Das Wolffsche Telegraphenbureau verbreitet über die gestrigen Verhandlungen, die zwischen den Arbeitnehmern, dem Reichsstatistischen Amt und verschiedenen Ministerien und danach mit dem Reichsarbeitsminister stattgefunden haben, die folgende offizielle Nachricht:

Nachdem die vorbereitenden Besprechungen über die Wertbeständigkeit der Löhne im Reichsarbeitsministerium zu Ende geführt sind, wird noch im Laufe dieser Woche eine aus Arbeitnehmern und Arbeitgebern gebildete kleine Kommission unter Leitung des Reichsarbeitsministeriums und unter Hinzuziehung der beteiligten Reichsministerien zur Verhandlung über die gleiche Frage zusammentreten.

Inzwischen haben auch die Beratungen über die Beschleunigung des Index ihren Abschluß gefunden. Mit der Veröffentlichung des neuen Wochenindex wird etwa Mitte Juli zu rechnen sein. Schon vorher wird zum ersten Male mit der Bekanntgabe der Durchschnittsindexziffer für den Monat Juni ein Wochenindex mitgeteilt werden, der aber noch auf den Mittwocherhebungen der vorhergegangenen Woche beruht.

Leider bedarf die offizielle Mitteilung über die Verhandlungen und deren bisheriges Ergebnis eines Kommentars.

Die Kommission, die zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern eine Klärung herbeizuführen hat, tagt, wie man uns auf Anfrage mitteilt, auf dringlichen Wunsch der Arbeitnehmer hin nicht erst „im Laufe dieser Woche", sondern schon heute nachmittag 3 Uhr. Die Arbeitnehmer verlangen, daß unter allen Umständen eine rasche Erledigung der Frage der wertbeständigen Löhne nun endlich erfolgt; die breiten Massen vertragen es einfach nicht länger, daß sie dauernd mit Debatten und Berichten über Kommissionen gefüttert werden, während ihr Wochenverdienst ihnen immer von neuem davonläuft.

Zur Erläuterung des zweiten Teiles der offiziellen Mitteilung sei bemerkt, daß das Reichsstatistische Amt schon bisher fortlaufend einen Wochenindex berechnet, nur nicht veröffentlicht hat; er beruht auf Erhebungen, die jeweils Mittwochs vorgenommen werden. Seine Veröffentlichung kann dann nur so erfolgen, daß sie erst auf den Lohn der nächsten Woche einzuwirken in der Lage ist, wobei noch meist außer

acht gelassen wird, daß der Lohn, wenn er ausgezahlt ist, doch die Existenzgrundlage für die kommende Woche bilden soll. Um diese große Zeitspanne zwischen Indexveröffentlichung und Lohntag zu vermindern, ist Klarheit dahin geschaffen worden, daß in Zukunft Montag und Dienstag als Stichtage genommen werden und Mittwochs der Wochenindex veröffentlicht wird. Er wird sich dann noch bei der Lohnzahlung am Freitag der gleichen Woche auszuwirken vermögen. Gegen diese Regelung haben aber die Unternehmer bisher noch technische Bedenken; sie glauben, mit den Lohnlisten nicht fertig zu werden. Von Arbeitnehmerseite wird als sicher angenommen, daß diese Befürchtungen zu zerstreuen sind.

Es ist also damit zu rechnen, daß wir schon von den nächsten Tagen an vom Reichsstatistischen Amt eine Wochenziffer veröffentlicht bekommen.

Ueberdies ist von den Arbeitnehmern aller Richtungen eine kleine Kommission ernannt worden, die sich im Bedarfsfalle in Fragen des Index mit dem Reichsstatistischen Amt in Verbindung setzen wird. Die rechnerische Erledigung und die statistische Durcharbeitung des Index bleibt nach wie vor dem Reichsstatistischen Amt überlassen. Die örtlichen Erhebungen erfolgen nach wie vor unter Beteiligung der Arbeitnehmer.

Die Arbeit der Reichstagsfraktion.

Der Vorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion beschäftigte sich am Montag mit der gegenwärtigen innen- und außenpolitischen Lage. Es herrschte Uebereinstimmung darüber, daß in der kurzen Tagung des Reichstags vor den Sommerferien sowohl die innenpolitische als auch die außenpolitische Lage Deutschlands besprochen werden muß. Der Fraktionsvorstand wurde beauftragt, die Stellungnahme der sozialdemokratischen Fraktion zu den Währungsfragen, zur Frage des wertbeständigen Lohnes und zu den Steuerfragen der Regierung zu unterbreiten und Maßnahmen in dieser Richtung zu verlangen. Die Erörterung dieser Fragen soll im Reichstag, wenn möglich in Verbindung mit der Beratung der Verbrauchssteuern, erfolgen. Auch die außenpolitische Lage, die Lage im Ruhrgebiet, insbesondere die Sabotageakte, sollen in Verhandlungen mit der Regierung und in einer politischen Debatte im Reichstag geklärt werden.

„Die Republik ist das Vaterland!"

Die Zustände in Deutschland werden immer gefahrdrohender. Der Dollar steigt, die Mark sinkt und die Lebensmittelpreise klettern ins ungemessene. Wenn die Hühner nur noch nach den Dollarpreisen Eier legen wollen und ein Pfund Butter bald mit 50 000 Papiermark bezahlt werden muß, dann muß die Erbitterung in den notleidenden Volkskreisen so gewaltig anschwellen, daß für kühle Ueberlegungen nur noch verzweifelt wenig übrig bleibt.

Mit dieser Notlage und der aus ihr erwachsenden Stimmung rechnen die Gewaltpolitiker von rechts. Zwar sind ihre Freunde daran Schuld, daß die „freie Wirtschaft" triumphiert und dem arbeitenden Teil des Volkes immer neue Lasten auferlegt. Ihre Freunde sind's, die gegen den Willen der Sozialdemokraten die öffentliche Bewirtschaftung abbauten, bis nichts mehr davon übrig blieb; die volle Töpfe und billige Preise versprachen und den Hunger und schlimmste Teuerung beschert haben. Aber sie rechnen mit der Verzweiflung, die eines Tages jedem zujubeln würde, der den Massen eine Besserung zu bringen verspräche. Man soll deshalb den Finger in die offene Wunde legen und zeigen, welche Kreise ein Interesse an der Verelendung der arbeitenden Massen haben! Das Maß ist übervoll! Es sind die gleichen Schichten, die das zum Leben Notwendige verteuern und die den Desperados Pistolen und Dynamit liefern, Waffen und Sprengstoffe, durch die politische Morde und Heldentaten gegen sozialdemokratische Volkshäuser verübt werden.

Auf die große Gefahr, die aus diesem Treiben zu erwachsen droht, weist auch die „Germania" in einem Artikel hin, der in einem entschiedenen Bekenntnis zur Republik gipfelt. Es heißt in dem führenden Zentrumsblatt:

Unsere rechtsradikalen Kreise verbinden außenpolitische Wünsche mit innerpolitischen Hoffnungen. Sie lehnen die heutige Staatsform ab und fühlen vielleicht mehr instinktiv als bewußt, daß ein für Deutschland glückliches Ende des Ruhrkampfes die Republik befestigen muß und dann der Ansturm gegen den heutigen Staat eine aussichtslose Sache ist. Der angeblich nationale Kampf der Deutschvölkischen und der mit ihnen versippten Geheimbünde für die Existenz Deutschlands ist in Wirklichkeit ein Kampf gegen die Republik. Für Regierung und Parlament, die die Hüter der Verfassung sind, ergeben sich daraus ernste Pflichten. Sie wissen, daß der bewaffnete Kampf gegen die Verfassung nicht die Erfüllung deutschvölkischer Hoffnungen, sondern nur das Chaos bringen kann. Denn die Frage heißt heute nicht mehr: Republik oder Monarchie, sondern: Republik oder Zusammenbruch. Das deutsche Volk kann heute aus außen- und innerpolitischen Gründen nur in der republikanischen Staatsform leben. Und diese Erkenntnis erfordert klare Entscheidungen. **Die Republik ist das Vaterland,** und der bewußten Agitation gegen unsere Staatsform ist das bewußte Bekenntnis zur Republik von denen entgegenzusetzen, die den wahren Wiederaufbau wollen. Nur dann wird rechtsradikalen Putschplänen jede Aussichtsmöglichkeit genommen, wenn die große Mehrheit des Volkes sich klar und freudig zum Staate bekennt und die Regierung den entschlossenen Willen zeigt, jeden Versuch der Auflehnung im Keime zu ersticken. Wir sind endgültig verloren, wenn die zögernde Haltung der republikanischen Mehrheit des Volkes die Gegner zu dem Versuch reizen sollte, einen Angriff auf den Staat zu wagen. Täuschen wir uns nicht darüber, daß es Kreise gibt, die mit diesem Gedanken spielen und daß sich Hände finden, die dahingehende Pläne anderer auszuführen sich vermessen. . . .

Diese Gefahr für das deutsche Volk und seine Republik wirkt auch in dem unheimlichen Treiben der Sprengkolonnen im Ruhrgebiet, über deren Herkunft und Umfang man nicht genügend informiert ist. Wie viele französische Lockspitzel in ihren Reihen tätig sind, ist ebenfalls nicht festzustellen. Aber im ganzen bilden sie einen Fremdkörper im Abwehrkampf und müssen daher mit allen Mitteln bekämpft werden. Selbst die „DAZ., die sogar die Todesstrafe für Deutsche fordert, die den Franzosen Helfersdienste leisten, hält es für nötig, die geheimen Selbstschutzverbände endlich restlos zu beseitigen. Hat die Regierung dazu den Willen und die Kraft?

Zweifellos rufen die Todesurteile gegen Schlageter, Goerges und neuerdings das siebensache von Mainz um so mehr Empörung in Deutschland wach, als sie ohne Rechtsbasis gefällt wurden und vollstreckt werden. Aber die Nationalisten sind international und arbeiten sich gegenseitig in die Hand. Die Brückenkatastrophe von Duisburg, so wenig aufgeklärt sie auch bis zur Stunde ist, wird in Belgien wie in Frankreich zur Aufpeitschung der nationalen Leidenschaften ausgewertet. Für die Deutschen bringt sie neue schwere Repressalien und eine nicht absehbare Verschlechterung der Verhandlungsbasis in der Zukunft. Sollte sich deshalb herausstellen, was von belgischer Seite behauptet wird, daß die Explosion auf der durch belgisches Militär stark bewachten Brücke auf eine beabsichtigte Sprengung durch deutsche Freischärler zurückzuführen ist, so müssen wir erwarten, daß auch im Deutschen Reichstag darüber ein sehr ernstes Wort gesprochen wird. Wir können nicht schweigend zusehen, wie völkische Desperados am Gängelbande französischer Lockspitzel dem deutschen Volke unermeßlichen Schaden zufügen, selbst wenn sie in ihrer Verblendung wähnen, ihm zu helfen.

Einspruch gegen das Gesetz zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten beschloß der Reichsrat mit 48 gegen 18 Stimmen bei drei Enthaltungen zu erheben und zwar wegen der Bestimmungen über Kurpfuscherei und über Kostenanteil des Reichs.

Ist England wieder umgefallen?

London, 2. Juli. (Reuter.) In offiziellen Kreisen Londons ist man überrascht über die Andeutung, die britische Regierung sei entschlossen, eine sofortige Regelung mit Frankreich zu erzwingen. Von ermächtigter Seite wird festgestellt, daß es durchaus voreilig wäre, von einem gesonderten Vorgehen Englands gegenüber Deutschland zu sprechen.

Man könnte über diese hochoffiziöse Kundgebung des Reuterschen Bureaus einigermaßen erstaunt sein, wäre man nicht an das tragikomische Schauspiel nachgerade gewöhnt, das die englisch-französischen Auseinandersetzungen seit mehr als vier Jahren bieten. In London ist man sich seit Kriegsende der wahren Ziele und der für ganz Europa verhängnisvollen Folgen der französischen Politik gegen Deutschland immer deutlicher bewußt. Wiederholt hatte es bereits unter Lloyd George den Anschein, als würden sich die englischen Staatslenker zu einem energischen Entschluß aufraffen und den imperialistischen Gewaltpolitikern an der Seine Einhalt gebieten. Doch währten jene Ansätze zu einer energischen, selbständigen Politik selten länger als achtundvierzig Stunden. Im Augenblick der Entscheidung fiel England regelmäßig um, sobald Frankreich Miene machte, es auf eine wirkliche Kraftprobe ankommen zu lassen. Unter Bonar Law schien es zunächst anders zu werden, als der Nachfolger Lloyd Georges den Abbruch der Pariser Konferenz einem gemeinsamen Vorgehen an der Ruhr gegen Deutschland vorzog. Nachdem sich aber herausgestellt hatte, daß Poincaré die Ruhrbesetzung gegen Englands Willen gewagt hatte und daß England sich demgegenüber vollständig passiv verhielt, kennt der Uebermut des Nationalen Blocks gegenüber den Empfindungen und Forderungen des britischen Volkes keine Grenzen mehr.

So hat es sich Poincaré erlauben können, zunächst die erste deutsche Note ohne Rücksprache mit England, obwohl eine solche Unterhaltung in London dringend gewünscht wurde, mit einer kategorischen Ablehnung zu beantworten. Der Inhalt der zweiten deutschen Note hat zwar eine Wiederholung dieses überstürzten und rein negativen Vorgehens Frankreichs unmöglich gemacht und England hat nun in Paris den Wunsch nach einer gemeinsamen Antwort so eindringlich zum Ausdruck gebracht, daß es für Poincaré schlechthin unmöglich war, dem glatt zu widersprechen. Dafür versucht er aber auf Umwegen das gleiche Ziel des Zusammenbruchs und der Kapitulation Deutschlands zu erreichen, indem er die Angelegenheit dilatorisch behandelt. Baldwin hatte bekanntlich einen Fragebogen nach Paris gerichtet, aus dessen Beantwortung hervorgehen sollte, ob eine englisch-französische Einigung möglich wäre und was Frankreich eigentlich erzielen wolle. Drei Wochen ruht nun dieses wichtige, dringliche Schriftstück des englischen Kabinetts in Poincarés Schubfach und immer wieder schiebt der französische Ministerpräsident neue Vorwände vor, um sich vor einer klaren Antwort zu drücken. Jetzt, wo der letzte dieser Vorwände, die belgische Regierungskrise, fortgefallen ist, versucht er die erbetene schriftliche Antwort durch eine mündliche Erläuterung zu ersetzen.

Fast schien es so, als ob jetzt den Engländern die Geduld gerissen wäre, denn der Sonntagsartikel des konservativen „Observer", der oft die Anschauungen der englischen Regierung wiedergibt und diesmal ausdrücklich betonte, die Meinung der offiziellen Londoner Kreise auszusprechen, war nicht anders zu deuten, als daß man — wenigstens in einem Teil der englischen Regierung — es satt habe, sich von Frankreich vor aller Welt demütigen zu lassen. Auch die Leitartikel der regierungsfreundlichen Londoner Montagblätter waren durchweg auf diesen Ton gestimmt. Die Drohung, falls Frankreich sich länger weigere, auf die englischen Fragen schriftlich zu antworten, zu einem Separatabkommen über die Reparationsfrage mit Deutschland zu gelangen, kam in allen diesen Aufsätzen zum Ausdruck. Sechsunddreißig Stunden lang hat die englische Regierung dazu geschwiegen, obwohl allein

Ich, der Märchenerzähler.

Von Iris.

Wenn alle Stricke reißen, geh' ich als Märchenerzähler! Mit Lautenbegleitung. Eine Laute habe ich noch, wenigstens meistens, wenn sie nicht gerade zur Reparatur ist, was mich in den schnöden Verdacht zu bringen pflegt, daß sie . . . daß sie . . . hm . . .

Mein Vetter sagt niederträchtigerweise: „Drinnen soll 'ne Werkstatt sein, aber draußen steht Pfandleihe!"

Die Leute sind eben neidisch.

Mit dieser Laute aber werde ich durch butterblonde, mischstraßenbesitzende und eierlegende Dörfer ziehen und werde alles, was Ohren hat, zu hören und einen Mund, um ihn aufzusperren, um mich versammeln. . . .

Und ich werde in die Saiten greifen, in alle sechs, und werde beginnen: „Es war einmal. . . ."

Alte Märchen, deutsche Märchen will ich erzählen. Sie sind so süß und weh, so himmelblaugolden und so schwermutwolkendüster.

Und es werden Milch und Tränen fließen, Eier werden gerührt, und die Erschütterung der Seelen wird zu Butter.

Der Sänger aber schweigt, packt ein und zieht weiter. Nachher könnte man eine kleine Butterhandlung aufmachen.

Das heißt — so weit bin ich noch nicht. Ich muß mich erst üben.

Dann also los! Die drei Nachbarsrangen sind opferwillige Versuchskarnickel. Nebenbei bemerkt — ich werde ihnen ein paar Mandeln Eier schicken, wenn ich sie erst habe, damit sie rote Backen kriegen.

„Setzt euch", sage ich, „seid hübsch still, spuckt nicht, niest nicht, kaufft euch nicht, und betragt euch überhaupt mal so, als wenn euch Vater Schokolade mitbringt."

Sie starren mich weitäugig an, und der Große schüttelt mißbilligend den Kopf.

„Macht er nicht!" berichtigt der Kleine im Brustton, und das Mädel fragt staunend: „Schaklode . . .?"

Der Große hat sich erholt. Er faßt die einzelnen Punkte feldherrnsicher zusammen und geht auf das Ziel los: „Und wenn, denn haun wa uns, wer se zuerst kricht!"

Ich greife rasch in die Saiten und beginne das Märchen von Hänsel und Gretel und der Knusperhaushexe.

Es geht ganz gut.

„. . . und da warf der Hänsel Brotkrumen auf den Weg. . ."

„War det Brot verschimmelt?" erkundigt sich der Große.

„Verschim . . .? Warum?"

„Weil er't wechjeschmissen hat. Det Markenbrot reicht so schon nich."

„Beruhige dich, mein Sohn. Es war kein Markenbrot."

„Det endre is aber zu teuer für arme Leute!"

Schockschwerenot! denke ich und lächle weise: „Sie hatten es selbst gebacken."

„Au weh, wo det Mehl teurer is wie't janze. . ."

„Halt! Es war geschenkt, jawohl, ja . . . und da warf der Hänsel also die Brotkrumen auf den Weg. . ."

Meine Laute girrt und schwirrt. Bis ans Hexenhaus hat sie uns glücklich begleitet. Doch siehe, in seinem Anblick fragt das Mädel wißbegierig: „War et richtiger Pfefferkuchen?"

„Natürlich, mein Kind."

„Weil't den doch bloß zu Weihnachten jibt."

„Laß man, det sah bloß so aus", fertigt sie der Jüngste ab, und der Große stimmt sachlich zu: „Sonst wäre et ja ooch schon weich jeworden in de Sonne."

Ich sehe nichts, ich höre nichts — die alte Hexe spunnt den Märchenhansel in den Stall und füttert ihn mit allen Herrlichkeiten der Welt. . .

„Wurschtsulle", träumt der Jüngste, und das Mädel seufzt: „Mit sooo'ne dicke Butter!"

„Och", setzt der Große sie herab, „die hatte die olle Hexe jar nich! Det wird voll Marmolade jewesen sind."

„Nee, Naturbutter!" schreit seine Schwester, und der Bruder tippt an die Stirn: „Mensch, von Marmolade wird doch keener fett!"

Ich sehe sie an. Nein, man wird wirklich nicht fett davon.

„Die olle Pfefferkuchenhexe hatte aber keene Kühe", beharrt der Streithahn, „und Margarine is zu teuer."

Mir wird heiß. .

„Kinder", erinnere ich, „es war doch eine Hexe. Sie hat das einfach hergehext!"

„Ohne Jeld?" zweifelt jetzt auch der Jüngste, und das Mädel will schnell wissen: „Wie macht man det?"

Der Große haut sieghaft durch die Luft: „Ick will euch det sagen: Jeklaut hat se die Butter!"

Mir wird wieder kalt.

Es scheint nichts zu werden mit meinem Erzählertalent, und da wendet sich der Aelteste auch schon gönnerhaft zu mir und kritisiert: „Eijentlich is det ja Quatsch. Erzählen Se uns man lieber von damals, als et F . . . fennige jab und wo man for hundert Mark zehntausend Bonbons jekricht hätte."

Damals . . . damals . . .

Meine Laute ist ganz still.

Deutsche Märchen — sie sind ein Zauberland; aber das seltsamste und unfaßbarste beginnt: „Damals . . .!"

„Abwanderung" wichtigen Kunstbesitzes. In der süddeutschen Presse ist neuerdings Klage darüber geführt worden, daß unser Kaiser-Friedrich-Museum bodenständigen Kunstbesitz in Baden aufkaufen läßt und ihn seinem Entstehungslande entführt. Gegen diesen Vorwurf wehrt sich jetzt der Direktor am Kaiser-Friedrich-Museum, Dr. Theodor Demmler. Er bestreitet die Berechtigung der Klage, da das Museum in keinem Fall bodenständigen Kunstbesitz von sich aus locker gemacht habe, und macht dabei folgende interessante Angabe: „Der Ankaufsetat meiner Abteilung ist seit dem Frieden nicht erhöht worden und beträgt heute — 40 000 bis 50 000 Papiermark im Jahre. Wenn den Museen ausnahmsweise größere Mittel zu Gebote stehen, so beruht dies darauf, daß sie auch jetzt noch gelegentlich opferwillige Gönner finden, oder daß sie Kunstwerke, deren Erhaltung im Inland wertvoll erscheint, durch Weggabe von Dubletten zu erwerben verstehen. Oft genug ist aber der Wettbewerb des Auslandes und der Privatsammler heute schon zu kapitalkräftig, als daß die Abwanderung wichtigen Kunstbesitzes zu verhüten wäre."

Also trotz der seinerzeit vom Generaldirektor v. Falke zusammengestellten und vom Reichsministerium des Innern veröffentlichten Liste, die alle in deutschem Privatbesitz befindlichen wichtigen Kunstwerke aufzählt und ihre Ausfuhr ohne behördliche Genehmigung verbietet, findet doch noch immer eine „Abwanderung" statt. Sollte es wirklich kein Mittel geben, diesem schmachvollen Zustande abzuhelfen?

Die Bienensprache. Die Wissenschaft wird niemals zuverlässig ergründen können, was für Empfindung und Denken im Tier sich regt; deshalb ist diese Frage, über die man sich früher so viel den Kopf zerbrochen hat, für die heutige Tierpsychologie ziemlich gegenstandslos. Man beschäftigt sich vielmehr damit, die tierischen Verhaltungsweisen, die vermutlich oder vielleicht von Seelenleben begleitet sind, näher zu untersuchen. Besonders eingehend hat man in dieser Beziehung die Bienen untersucht und viel Neues über ihren Riechsinn und ihr Gedächtnis für entsprechende Sinneseindrücke herausbekommen. Prof. V. Franz behandelt in der Leipziger „Illustrierten Zeitung" auf Grund der bahnbrechenden Forschungen von K. v. Frisch die Sprache der Bienen. Für die Verständigungsweise der Bienen ist von Wichtigkeit, festzustellen, wie die Biene, die eine neue Nahrquelle, etwa eine eben erblühende Pflanzenart, entdeckt hat, die nötigen Kameraden aus dem Bienenstock „herbeiholt". Darüber haben lange Versuche folgendes ergeben: Eine Biene, die mit reicher Last heimkehrte, pflegt nach jeder Rückkehr in den Stock einen „Rundtanz" aufzuführen; mit raschen trippelnden Schritten rennt sie in engem Kreise umher, macht plötzlich Kehrt, tanzt weiter, und so fort. Da sie dies stets im Gedränge der Kameraden vollführt, so werden die angestoßenen Genossen sehr erregt, tanzen mit und fliegen bald selber aus auf der Suche nach der neuen reichen Quelle. Wenn aber die gefundene Nahrung nur spärlich ist, dann unterbleibt der Tanz, und es fliegen keine anderen Bienen aus, da ja die Arbeit der Genossin genügt, um die Ernte einzubringen. Im Falle ihres Ausfliegens folgen die anderen Bienen nicht nur der Heroldin, sondern suchen unabhängig von ihr kilometerweit das Gelände ab. Das Finden der ergiebigen Blüten wird ihnen aber dadurch erleichtert, daß selbst ein ganz schwacher Duft der beflogenen Blumen in ganz wunderbarer Weise am Bienenkörper haftet. Die Genossen prägen sich also den Duft der Tänzerin ins Gedächtnis ein, während sie ihr auf den Waben nachtrippeln und ihren Hinterleib mit den Fühlern untersuchen. Die mit reicher Beute heimgekehrte erste Sammlerin stülpt auch noch ein den Bienen eigenes Duftorgan am Hinterleib aus und schwängert dadurch die Umgebung des Ortes, an dem sie gesammelt hat, mit ihrem eigenen Duft. So können die nachfolgenden nicht nur die von der ersten Sammlerin besuchten Blüten, sondern auch gleichartige in der Nachbarschaft leicht finden.

Generalmusikdirektor Leo Blech verabschiedete sich am Sonnabend in der Aufführung der „Aida" vom Publikum der Staatsoper. Er war Gegenstand stürmischer Ovationen.

Die Leitung des Wiener Burgtheaters soll nach dem Ausscheiden des gegenwärtigen Direktors Paulsen nicht einem neuen Direktor, sondern einem Kollegium von drei Regisseuren anvertraut werden.

Das neue Antiquariat von Clara Laudau, Berchtesgadener Str. 35, gibt soeben seinen ersten Katalog „Illustrierte Bücher des 18. und 19. Jahrhunderts" heraus.

schon die scharfe Tonart, in der der Pariser offiziöse „Temps" darauf antwortete, Anlaß genug gewesen wäre, von diesen Stimmen abzurücken, falls sie auf nichts beruhten.

Jetzt aber läßt die englische Regierung durch Reuter verkünden, sie sei durch diese Gerüchte höchst „überrascht"! Was mag da inzwischen vorgefallen sein? Möglich ist wohl, daß der Teil des englischen Kabinetts, der unter Führung Lord Derbys zu jeder Nachgiebigkeit gegenüber Frankreich von vornherein entschlossen ist, wieder einmal die Oberhand gewonnen hat. Möglich ist auch, daß die Nachrichten über die Explosion bei Duisburg und ihre Rückwirkungen auf die belgische Oeffentlichkeit zu diesem Umschwung in London beigetragen haben. Schließlich mag diese offiziöse Reuter-Kundgebung das Ergebnis der Aussprache sein, die zwischen dem französischen Botschafter Graf Saint-Aulaire gestern nachmittag und dem englischen Außenminister stattgefunden hat.

Obwohl die hochtrabende Tonart der gesamten regierungsfreundlichen Pariser Morgenblätter eigentlich nicht darauf schließen läßt, daß Poincaré zur Nachgiebigkeit neige, könnte man aus der nachstehenden Meldung des „Journal des Débats" den Eindruck gewinnen, als ob ihn die Londoner Drohungen dieses Mal doch erschreckt hätten und als bereite er einen Rückzug vor:

Paris, 2. Juli. (WTB.) Das „Journal des Débats" veröffentlicht einen Leitartikel, in dem eine Erklärung enthalten ist, von der nicht ersichtlich ist, ob sie auf amtlichen Ursprung zurückgeht. Das Blatt schreibt, wenn Curzon mit den mündlichen Erklärungen des französischen Botschafters nicht zufrieden sei, vielmehr darauf bestehe, daß sein Fragebogen schriftlich beantwortet werde, so werde Poincaré sich nicht weigern, dieses Verfahren einzuschlagen, obwohl er vermutlich das ander vorziehe. Es wäre weder höflich noch klug, nicht derart zu handeln. Deshalb seien die feindlichen Artikel der englischen Blätter über den Weg, den England einzuschlagen gedenke, durchaus unangebracht. Sie seien dazu angetan, die Beteiligten nervös zu machen, während man beiderseits einen klaren und ruhigen Kopf behalten müsse.

Danach wäre es also nicht England, sondern Frankreich, das den Rückzug angetreten hätte. Aber die Erfahrungen der letzten Jahre lehren, daß selbst, wenn in Paris der Anschein einer Nachgiebigkeit erweckt wird, letzten Endes die englischen Staatsmänner der Gegenwart — im Gegensatz zu ihren großen Vorfahren der napoleonischen Zeit — die schlechteren Nerven und die geringere Ausdauer besitzen. Französische Zugeständnisse pflegen in solchen Fällen nur minimale Abschlagszahlungen zu sein, in der Hauptsache setzt Frankreich seinen verderblichen Standpunkt schließlich immer durch. Das war so unter Lloyd George und unter Bonar Law und es dürfte um so weniger unter Baldwin anders werden, als unter allen drei Ministerpräsidenten der Außenminister stets der gleiche geblieben ist. England ist das Land, wo die Tradition am besten gepflegt wird. Und es hat sich eben unter Lord Curzon die Tradition der Nachgiebigkeit und des Umfalls herausgebildet, wenigstens gegenüber dem flugzeugreichen Frankreich. Gegenüber dem geschwächten Rußland dagegen operiert man mit Ultimaten und gegenüber dem zusammengebrochenen Deutschland tritt man teils als Gönner, teils als Schulmeister auf. Gegen die kann man es sich schon erlauben.

Botschafter Jonnart beim Papst.

Rom, 2. Juli. (WTB.) In den Kreisen des Vatikans hält man den Zwischenfall zwischen Frankreich und dem Vatikan aus Anlaß des Papstbriefes über die Ruhrbesetzung für erledigt. In einer längeren Unterredung zwischen dem Papst und dem französischen Botschafter Jonnart erläuterte der Papst ausführlich den Geist seines Briefes, wobei er dessen Inhalt in vollem Umfange bestätigte. Besondere Sorge verursachte dem Papst die Tatsache, daß das deutsche Volk infolge seiner Leiden vom Bolschewismus mit seinen schrecklichen Folgen heimgesucht werden könne.

Intervention des Papstes in Berlin?

Mailand, 2. Juli. (EP.) Wie der „Sera" aus dem Vatikan erfährt, hat der Papst Pius XI. den apostolischen Nuntius in Deutschland ersucht, beim Reichskanzler Schritte zu unternehmen, um ihn von der Notwendigkeit zu überzeugen, dem deutschen Widerstand im Ruhrgebiet Einhalt zu gebieten und so die Aufnahme von Verhandlungen mit den Alliierten möglich zu machen. Diese Meldung erregt in politischen Kreisen Roms großes Aufsehen.

Prüfung der Saarverwaltung.

Durch den Völkerbundrat.

Genf, 2. Juli. (EE.) Der Völkerbundrat beschloß, die Saarfrage in nichtöffentlicher Sitzung zu behandeln. Inzwischen ist der Wortlaut der Tagesordnung dahin geändert worden, daß nunmehr „auf Antrag der englischen Regierung eine Untersuchung darüber angestellt werden soll, ob die Regierungskommission den Friedensvertrag dem Buchstaben und dem Geist nach zur Anwendung bringe".

Paris, 2. Juli. (Eca.) Ueber die heutige Sitzung des Völkerbundrates in Genf teilt der Korrespondent des „Journal des Débats" mit, daß der Völkerbundrat heute mittag um 12 Uhr unter dem Vorsitz Salandras zusammengetreten ist und zunächst die Frage erörtert hat, in welcher Form die Vorschläge der englischen Regierung verhandelt werden sollen. Von einer Seite sei verlangt worden, daß die Aussprache über die englischen Vorschläge öffentlich sein sollte. Aus den Unterhaltungen, die vor der Sitzung schon stattfanden, gehe hervor, daß die Saarfrage ausführlich behandelt werden wird. Lord Cecil-Großbritannien und Hanotaux-Frankreich hätten zusammen das Frühstück eingenommen und es sei sehr wahrscheinlich, daß die private Unterhaltung ihre Rückwirkung auf die Verhandlungen des Rates ausüben werde. Es habe den Anschein, als ob die Verordnung vom 7. März 1923 wieder zurückgezogen werden wird. Man habe allgemein den Eindruck, daß eine Einigung nicht schwer sein wird. Der Präsident der Saarregierung werde vorläufig nicht nach Genf berufen.

Was Frankreich England zumutet.

Paris, 2. Juli. (EE.) Der „Temps" behauptet, feststellen zu können, daß Lord Robert Cecil, der selbst den Antrag auf Untersuchung des Saarproblems durch den Völkerbund gestellt habe, jetzt der Vornahme einer solchen Untersuchung persönlich abgeneigt sei. In diesem Sinne sei zwischen Lord Curzon und ihm eine Verständigung erzielt worden. Man glaube nunmehr an eine Lösung des Problems, ohne daß Frankreichs Prestige verletzt werden könne. (Und Englands Prestige?) Im übrigen habe der Völkerbundrat die Politik der Regierungskommission stets gebilligt, so daß er jetzt nicht gut eine Untersuchung einleiten könne, ohne sich selbst zu desavouieren.

Degouttes Blockade-Erlaß.

Essen, 2. Juli. (WTB.) Der Armeestab in Düsseldorf macht folgende Verfügung bekannt: Wegen des Attentats in Duisburg, welches den Tod mehrerer Soldaten und Verletzungen anderer Soldaten der alliierten Armeen verursacht hat, wird die Gültigkeit aller bis zum 1. Juli 1923 mitternachts an deutsche Zivilpersonen erteilten Geleitscheine (Reise-Erlaubnisscheine usw.) aufgehoben. Infolgedessen ist von diesem Zeitpunkt ab für deutsche Zivilpersonen das Ueberschreiten der Grenze des besetzten Gebietes, des Ruhrgebietes und des altbesetzten Gebietes sowie des Gebietes des Brückenkopfes Düsseldorf in beiden Zonen untersagt. Auch der Grenzverkehr wird beschränkt, ausgenommen die Lebensmittelversorgung und besonders wichtige Familienangelegenheiten, für welch letztere die beteiligten städtischen Behörden verantwortlich sind. Die Ausführungen der Verordnung Nr. 38 sind auf die Ausnahmen anwendbar. Dieses Verbot ist vom 1. Juli 1923 von Mitternacht an auf 14 Tage gültig. Neue Geleitbriefe usw. können vom 13. Juli 1923 ab Mitternacht ausgestellt werden, sind aber erst vom 15. Juli 1923 ab gültig. Die Grenzverkehrausweise erlangen ab 15. Juli 1923 um Mitternacht wieder ihre Gültigkeit. Die Verordnungen, welche den Auslandsverkehr durch die besetzten Gebiete regeln, sind nicht geändert.

Für Ausnahme-Geleitbriefe, die zwischen dem 1. und 13. Juli 1923 beantragt und erteilt werden, gilt als Kennzeichen ein roter Querstrich. Der Generalkommandant der belgischen Okkupationsarmee läßt diese Maßnahmen auch auf den Brückenkopf Duisburg ausdehnen, wenn er es für angebracht hält. Die Ober-Kommission hat entschieden, daß diese Bestimmungen auf sämtliche altbesetzten Gebiete zutreffen.

Der General Steinetz, Kommandant der Brückentinendivision Dortmund, gibt hierzu noch folgende Ausführungsbestimmungen: Die Ausnahme-Passierscheine werden nur durch das 5. Bureau der Division bis zum 5. Juli mitternachts durch Vermittlung der städtischen Behörde erteilt. Vom 13. Juli von Mitternacht ab wird die Ausstellung der Passierscheine für den Grenzverkehr und der Reiseerlaubnisscheine wieder in gewöhnlicher Weise aufgenommen.

Protest der Arbeiterschaft.

Dortmund, 2. Juli. (WTB.) Gegen die von der Besatzungsbehörde verfügte Absperrung des Einbruchs- und besetzten Gebiets erheben die der Arbeitsgemeinschaft angeschlossenen Arbeitgeberverbände und die Gewerkschaften der Arbeiter und Angestellten aller Richtungen sowie die Angestellten- und Beamtenverbände nachdrücklichsten Protest. Die Absperrung stellt einen ungeheuren Eingriff in die Wirtschaft des Gebiets dar und muß zu besonders schweren Schädigungen der arbeitenden Schichten führen. Die von der Besatzungsbehörde verhängten Strafmaßnahmen sind um so ungerechtfertigter als der Anlaß des Unglücks bei Duisburg in keiner Weise aufgeklärt und selbst nach französischen Meldungen kein Beweis dafür vorliegt, daß es durch Deutsche verschuldet ist. Es kommt hinzu, daß die gesamte Bevölkerung es ablehnt, den passiven Widerstand mit Gewalttaten zu führen. In keiner Weise rechtfertigt dies die Abschnürung des Gebiets vom übrigen Deutschland, mit dem es untrennbar verbunden ist. Viele Arbeitnehmer sind an ihrer Arbeit gehindert. Not und Elend ihrer Familien werden vermehrt. Die ganze Bevölkerung leidet unter der Erschwerung des Verkehrs und der infolgedessen ganz unzureichenden Lebensmittelversorgung.

18 Todesopfer des Duisburger Attentats.

Duisburg, 2. Juli. (Eig. Drahtber.) Bei der Explosion auf der Duisburg-Hochfelder Rheinbrücke soll nach den neuesten Feststellungen auch ein französischer General ums Leben gekommen sein. Außerdem wird mitgeteilt, daß sich die Zahl der Todesopfer inzwischen um das Doppelte, also auf 18, vermehrt hat.

Neues Attentat bei Mainz.

Paris, 2. Juli. (WTB.) Havas meldet aus Koblenz: Am Eingang zum Mainzer Tunnel seien 2 Bomben mit Zeitzündern vorgefunden worden. Von diesen sei eine explodiert, ohne daß ein nennenswerter Schaden entstand, die andere sei von einem Artillerieoffizier unschädlich gemacht worden. Sanktionen gegen Mainzer Beamte seien veranlaßt worden.

Erschießungen und Verhaftungen.

Buer, 2. Juli. (WTB.) Wie die „Buersche Zeitung" meldet, wurde Sonnabend abend der polnische Staatsangehörige Lorenz Bestak von einer belgischen Patrouille einige Minuten nach 8 Uhr durch einen Herzschuß getötet.

Der 24 Jahre alte Paul Preußlieb aus Buer-Nessel wollte kurz nach 8 Uhr seinen Hund, der ihm entlaufen war, aus dem Nachbarhaus zurückholen, als er von einer belgischen Patrouille bemerkt wurde. Als er sich verfolgt sah, flüchtete er in das Dachgeschoß. Als ihm die Patrouille folgte, stieg er in seiner Verzweiflung auf das Dach, stürzte aber auf den Hof hinab, wo er mit zerschmetterten Gliedern liegen blieb. An den Folgen der erlittenen Verletzungen verschied er gestern.

In der Hugostraße wurde der 28 Jahre alte Bergmann Adolf Pattoff durch einen Oberschenkelschuß schwer verletzt, weil er sich nach 8 Uhr auf der Straße aufhielt.

Wegen Ueberschreitung der Sperrfrist wurde eine Reihe von Bürgern festgenommen. In der letzten Zeit nahmen die Belgier Haussuchungen bei Bürgern vor, von denen angenommen wird, daß sie rechtsgerichteten politischen Parteien angehören. Dr. med. Sansen, Kaufmann Kleier und Betriebsführer Schappel von der Zeche „Hugo" wurden verhaftet.

Ein Vorort Frankfurts besetzt.

Frankfurt a. M., 2. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Der Vorort Frankfurts Griesheim ist von den Franzosen besetzt worden. Dadurch ist Frankfurt a. M. fast vollständig von dem besetzten Gebiet abgeschnitten und ein großer Teil der Arbeiter kann nicht an seine Arbeitsstätte gelangen.

Die Wirkungen.

Elberfeld, 2. Juli. (Eig. Drahtber.) Der Erlaß des Generals Degoutte, der für 14 Tage jede Ein- und Ausreise ins Ruhrgebiet untersagt, bedeutet eine völlige Blockierung des Ruhrgebietes, die durch die starke Handhabung des Paßzwanges seit Wochen eingeleitet worden ist. Das Ende kann nur eine große Katastrophe sein. Der Erlaß wurde mit größter Pünktlichkeit durchgeführt. Sonntag nacht 12 Uhr wurde die elektrische Straßenbahn Elberfeld—Neviges—Mettmann gemäß dem Erlaß stillgelegt. Dadurch fällt für die Versorgung des Ruhrgebietes die wichtigste Linie weg, die den Verkehr nach Hattingen, Bochum, Steele, Gelsenkirchen, Essen, Mülhausen-Duisburg vermittelt. Arbeiter, die im besetzten Gebiet wohnen und im unbesetzten Gebiet arbeiten und umgekehrt werden zurückgewiesen. Es scheint jedoch eine Erleichterung eintreten zu sollen. Die lokalen Besatzungsbehörden sind mit den Kommunalbehörden in Verhandlungen darüber eingetreten, welchen Personen die Ein- und Ausreise auch in Zukunft gestattet werden soll. In der von Franzosen besetzten englischen Grenzzone ist der Erlaß bisher nicht durchgeführt worden, doch wird der Paßzwang sehr scharf gehandhabt.

Von gut unterrichteter Seite erfahren wir, daß mit einer weiteren Besetzung über die Grenze von Aplerbeck und Scharnhorst hinaus bestimmt zu rechnen ist. In Frage kommen die Bezirke Hamm und Unna. Am Montag vormittag wurde die Stadt Westhofen an der Eisenbahnlinie nach Frankfurt besetzt, anscheinend zur Eintreibung einer Kontribution in Höhe von 60 Millionen wegen des vor einigen Tagen zwischen Syburg und Hohensyburg erfolgten Anschlages auf französische Soldaten. Patrouillen sind auf der Straße nach Schwerte bis zur Eisenbahnkreuzung vorgeschoben.

Elberfeld, 2. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Die Besatzungsbehörde hat angeordnet, daß auf jeden, der Schleichwege benutzen will, um ins besetzte Gebiet zu gelangen oder aus dem besetzten Gebiet herauszukommen, geschossen wird. Am Montagmorgen sind infolgedessen in der hiesigen Gegend drei Arbeiter, die zur Arbeitsstätte wollten, angeschossen worden.

Ein Teil der Truppen, die am Montag Westhofen besetzten, wurden plötzlich alarmiert und zogen in Richtung Duisburg ab.

Gegenüber einer Darstellung der Havas-Agentur teilt das Reichswehrkommando Münster mit, daß weder Mannschaften noch Offiziere der Reichswehr bei dem Attentat auf der Duisburger Brücke beteiligt gewesen seien; ebenso will die Reichswehr Dynamit für Sprengungen nicht geliefert haben.

Köln, 2. Juli. (TU.) Der Beschluß der Rheinlandkommission, die Grenze zwischen dem besetzten und dem unbesetzten Gebiet auf 14 Tage zu sperren, ist praktisch auch für die englische Zone dadurch wirksam geworden, daß die Franzosen bei Hengstei die Weiterreise aller Reisenden verhindert. Bei Bahnhof ist der Verkehr zwar noch nicht gesperrt, jedoch ist hier, da Bahnhof vom unbesetzten Gebiet aus hinter Hengstei liegt, eine Sperrung auch nicht nötig.

Essen, 2. Juli. (WTB.) Der über Duisburg verhängte Belagerungszustand ist nach den hier eingetroffenen Nachrichten auch auf Ruhrort, Wilhelm-Ruhr, Mülheim-Ruhr, Oberhausen und Hamborn ausgedehnt worden. Die Städte sind sämtlich isoliert, jeder Verkehr ist unterbrochen.

Zum schlesischen Landarbeiterstreik.

Görlitz, 2. Juli. (Eig. Drahtber.) In der heute in Görlitz anberaumten Kreistagssitzung für den Landkreis Görlitz erklärten die Vertreter der Sozialdemokratie, daß sie kein Vertrauen mehr zu dem Landrat haben und es fernerhin ablehnen, mit ihm zusammen zu arbeiten. Begründet wird das Mißtrauensvotum mit der Haltung des Landrats im Landarbeiterstreik, mit der übermäßigen Ausstellung von Waffenscheinen an die besitzenden Kreise und mit der fortwährenden Beschneidung des Selbstverwaltungsrechts der Gemeinden. Nach Abgabe der Erklärung verließen die 13 Vertreter der Sozialdemokratie den Sitzungssaal. Ihnen schlossen sich die zwei demokratischen Kreistagsvertreter an, so daß die Sitzung beschlußunfähig wurde.

Ein kommunistischer Ueberfall.

Amtlich wird gemeldet: Der Zusammenstoß zwischen Kommunisten und Angehörigen einer Jugendgruppe des Deutschnationalen Bismarck-Bundes am Spätabend des vergangenen Freitag, und die hierbei erfolgte Tötung eines der Deutschnationalen, nämlich des Walter Rudnick, hat der Abteilung Ia des Berliner Polizeipräsidiums Veranlassung zur Einleitung eines umfangreichen Ermittelungsverfahrens gegeben. Nach den bisherigen Feststellungen handelt es sich bei jenem Zusammenstoß um einen planmäßigen Ueberfall durch Kommunisten, die zum Teil mit Waffen (Dolchen) versehen waren. Auf die Ermittlung der Täter, welche den Tod des Walter Rudnick verursacht haben, hat der Polizeipräsident eine Belohnung von 100 000 M. ausgesetzt.

•

Lübeck, 2. Juli. (WTB.) Der Jungbismarckbund veranstaltete gestern in Schwartau eine Fahnenweihe, wozu viele auswärtige Teilnehmer erschienen waren. Die Sozialisten (?) hatten zur Gegendemonstration aufgerufen. Nachdem es schon auf dem Bahnhofe zu Reibereien gekommen war, ereigneten sich weitere Zusammenstöße im Versammlungslokal, wobei es beiderseits Verletzte gab. Die Bismarck-Bündler wurden gezwungen, die schwarzweißroten Fahnen auszuliefern. Die Lübecker Polizei stellte die Ruhe wieder her.

Erklärung.

Die „Vossische Zeitung" berichtete am Sonntag, den 1. Juli, über eine Aussage eines Polizeichefs im Prozeß Judet in Paris. Der Herr Polizeichef soll danach deutsche Dokumente vorgelegt haben, die aus der Zeit der Besetzung Belgiens stammten; ein Deutscher, namens A. Leopold, habe sie am 2. April 1919 an die Franzosen verkauft; Leopold sei kraft eines vom Freiherrn v. Langwaerth unterzeichneten Anstellungszeugnisses des Auswärtigen Amtes „als Mitarbeiter Kautskys beauftragt gewesen, die deutschen Dokumente zum Kriegsausbruch zu sichten".

Darauf habe ich zu erklären: Meine einzigen Mitarbeiter bei der Sammlung und Sichtung der Dokumente zum Kriegsausbruch sind in der Vorrede zur amtlichen Dokumentensammlung genannt. Es waren die Herren Professor Gustav Meyer, Dr. Hermann Meyer, später noch Dr. R. Wolff und Fräulein Nora Stiebel. Außer den Genannten, die das Auswärtige Amt mir beistellte, habe ich niemanden Einblick in die Akten nehmen lassen, geschweige denn Herrn Leopold, mit dem ich nur flüchtig bekannt wurde.

Die belgischen Akten lagen zur Zeit meiner Amtstätigkeit nicht im Auswärtigen Amt. Ich selbst habe sie nicht zu Gesicht bekommen und erfuhr von ihrer Existenz erst durch Herrn Leopold, der schon vorher, im November 1918, Zugang zu ihnen bekommen hatte. Ich weiß weder, wer ihm die Möglichkeit dazu verschafft hat, noch kann ich sagen, wem er seine Anstellung im Auswärtigen Amt verdankt. Aus der Tatsache, daß Leopold eine Zeitlang mit den belgischen Akten zu tun hatte, braucht nicht die Echtheit der im Prozeß Judet verwendeten Dokumente gefolgert zu werden. Sie müssen nicht gestohlen sein, sie können auch gefälscht sein.

Karl Kautsky.

Der deutsch-spanische Handelsvertrag. Das Mitte Januar abgeschlossene, bis zum 30. Juni verlängert gewesene deutsch-spanische vorläufige Handelsübereinkommen ist um weitere drei Monate, d. h. bis zum 30. September einschließlich, verlängert worden.

Gewerkschaftsbewegung

In letzter Stunde.

Wie wir an anderer Stelle des Blattes mitteilen, tritt heute nochmals eine Kommission von Arbeitgebern und Arbeitnehmern zusammen, um eine Grundlage für die Errechnung wertbeständiger Löhne zu finden. Wir möchten hierzu betonen, daß es sich jetzt kaum noch um Tage, vielleicht nur um Stunden handeln kann, wenn die schwersten Erschütterungen vermieden werden sollen.

Wir befinden uns gegenwärtig unmittelbar vor einer wirtschaftlichen Katastrophe, die durch unsere wahnsinnige Finanzpolitik, sofern man das überhaupt noch mit Finanzpolitik bezeichnen darf, durch die bewußte schwerindustrielle Einstellung des Reichswirtschaftsministers und durch die Spekulationswut der Besitzenden hervorgerufen worden ist. Die Gewerkschaften können unmöglich diesem Hineintreiben in die Katastrophe passiv zusehen. Wenn die Reichsbank innerhalb einer Woche zweieinhalb Billionen Papiergeld in Umlauf setzt, so weiß jeder, der nicht ein wirtschaftlicher Analphabet ist, was das innerhalb weniger Tage für Folgen haben muß. Wenn nicht durch Schaffung wertbeständiger Löhne den Arbeitern, Angestellten und Beamten die Möglichkeit zum Arbeiten gesichert wird, dann kommen wir in kürzester Frist zu Zuständen, von denen die Verhältnisse, die wir zeitweise in Rußland und Ungarn gesehen haben, nur ein schwaches Bild geben können.

Denn diese Katastrophe kommt über Deutschland nach viereinhalb Jahren Krieg und viereinhalb Jahren Nachkriegswucher. Sie kommt über Deutschland im Augenblick eines fürchterlichen außenpolitischen Druckes, der die nervöse Spannung aufs äußerste getrieben hat. Unsere Gewerkschaften und mit ihnen die Vereinigte Sozialdemokratie sind nicht gewillt, Deutschland durch die Unfähigkeit einer Regierung von sogenannten Fachmännern und durch die blindwütige Gewinnsucht der Besitzenden in das Chaos stürzen zu lassen. Und deshalb fordern sie heute noch, um die Lebensmöglichkeit der arbeitenden Schichten Deutschlands zu sichern, die wertbeständigen Löhne.

Die Arbeiterorganisationen treiben keine Desperadopolitik. Sie sind aber auch entschlossen, sich durch die Desperadopolitik der Besitzenden das Steuer nicht aus der Hand schlagen zu lassen. Durch die Verhandlungen, die bisher über die wertbeständigen Löhne stattgefunden haben, ist mehr als Zeit verlorengegangen. Es gibt geschichtliche Momente, wo jede Stunde das Schicksal eines Volkes bestimmt.

Es mag sein, daß es in den Unternehmerkreisen Katastrophenpolitiker gibt, die heute die Führung an sich gerissen haben. Diese Katastrophenpolitiker können des Glaubens sein, daß Fett immer oben schwimmt und daß der Zusammenbruch der deutschen Republik in der Aufrichtung ihrer eigenen Diktatur ausgehen wird. Diese Rechnung würde stimmen, wenn wir in Rußland oder in Ungarn wären. Wir befinden uns aber in einem Lande, das nicht nur die stärksten Arbeiterorganisationen der Welt besitzt, sondern wo die Arbeiterklasse über eine politische Tradition verfügt. Die Erfahrungen von 1918—1919 sind nicht spurlos an ihr vorübergegangen. Unsere Gewerkschaften insbesondere sind heute nicht die blutleeren, erschöpften Gebilde, die sie am Ausgang des Krieges waren. Sie haben in den letzten viereinhalb Jahren an wirtschaftlicher Einsicht vielleicht mehr gewonnen als in den 20 Jahren, die dem Krieg vorhergegangen sind.

Diese Tatsachen werden der Entwicklung ihr Gepräge geben. Die Forderung der Gewerkschaften, die sie heute noch stellen, Sicherung des vereinbarten Lohnes auf wertbeständiger Grundlage, zeugt sowohl von dieser Einsicht wie auch von dem Willen, die Entwicklung zu bestimmen, um Deutschland nicht zu einer Katastrophe treiben zu lassen. Wenn die Unternehmer dieser an sich sehr bescheidenen Forderung sich noch weiter widersetzen und wenn die Regierung nicht sofort die unmittelbar notwendigen Maßnahmen ergreift, um einerseits die Wertbeständigkeit der Löhne und Gehälter der Arbeiter und Beamten in den öffentlichen Betrieben sicherzustellen, andererseits die Besitzsteuern wertbeständig zu erheben, dann muß es zur Katastrophe kommen.

Zum Konflikt in der Metallindustrie.

Die Verhandlungen in dem akut gewordenen Konflikt in der Berliner Metallindustrie, die gestern im Reichsarbeitsministerium stattfanden und bis zehn Uhr abends dauerten, führten noch zu keinem Ergebnis. Die Unternehmer setzten dem Verlangen der Vertreter des Deutschen Metallarbeiterverbandes, die Löhne der rasenden Teuerung anzupassen, einen hartnäckigen Widerstand entgegen. Die von den Unternehmern gemachten Zugeständnisse wurden von den Arbeitnehmern als völlig unzureichend erklärt. Schließlich kam insofern eine Einigungsgrundlage zustande, als beide Parteien sich dahin verständigten, die bestehende Differenz einem Schiedsgericht zu unterbreiten, das heute vormittag 9 Uhr im Reichsarbeitsministerium zusammentritt.

Die Unternehmer und die von der Regierung ernannten Unparteiischen haben also noch einmal die Möglichkeit, den Kampf in der Metallindustrie zu vermeiden. Wir werden sehen, ob sie auch diese letzte Möglichkeit verpassen.

*

Metallkartell-Funktionärversammlung der in den VBMI.-Betrieben beschäftigten Funktionäre heute abend 7 Uhr in der Brauerei Friedrichshain. Stellungnahme zu dem Ergebnis der Lohnverhandlungen im Reichsarbeitsministerium. Zutritt haben nur die Kollegen, welche im Besitz der mit dem VBMI.-Stempel versehenen Karten sind.

Die am Sonntag gewählte Streikleitung wird ersucht, heute, Dienstag, 8 Uhr früh, im Verbandshause des VBMI., Zimmer 24 (Urich) zu erscheinen. Metallkartell. Urich.

Die tarifliche Regelung des Lehrlingswesens.

Wie der Minister für Handel und Gewerbe, dem amtlichen „Preußischen Pressedienst" zufolge, in einem Erlaß ausführt, sind die Lehrlingsverhältnisse insoweit einer tariflichen Regelung zugängig, wie nicht die Handwerkskammern und Innungen von ihrer gesetzlichen Befugnis zur Regelung des Lehrlingswesens im einzelnen Falle tatsächlich in bestimmten Punkten Gebrauch gemacht haben.

Nach dem Betriebsrätegesetz sind Lehrlinge Arbeitnehmer im Sinne der Betriebsverfassung, sie sind zur Betriebsvertretung wahlberechtigt, falls sie das erforderliche Alter haben, und werden von der Betriebsvertretung mitvertreten. Diese hat nach § 78 Ziff. 2 des Betriebsrätegesetzes die Aufgabe, soweit eine tarifliche Regelung nicht besteht, bei der Regelung der Löhne und sonstigen Arbeitsverhältnisse der von ihr vertretenen Arbeitnehmer, darunter auch der Lehrlinge, mitzuwirken, also bei mangelnder Einigung mit dem Arbeitgeber den Schlichtungsausschuß zwecks Vermittlung einer Vereinbarung über die Arbeitsverhältnisse anzurufen. Wollte man daher die tarifliche Regelung des Lehrlingswesens innerhalb des von Handwerkskammer und Innung offen gelassenen Raumes und damit auch die Anrufung des Schlichtungsausschusses in Tarifstreitigkeiten dieser Art für unzulässig halten, so würde jede Betriebsvertretung berechtigt und verpflichtet sein, betriebsweise an die einzelnen Arbeitgeber zwecks Abschluß von Vereinbarungen über die Arbeitsverhältnisse der Lehrlinge des Betriebes heranzutreten; dies würde jedoch zu einer höchst unerwünschten Zersplitterung des Arbeitsrechts führen.

Daß sich im Lehrvertrag neben rein arbeitsvertraglichen, vielfach auch erzieherische Momente finden, ist für die hier vertretene Auffassung ohne Bedeutung. Die Unterstellung der Lehrlinge unter die gewerkschaftliche Interessenvertretung und unter die Betriebsvertretung ist eben nur der äußere Ausdruck der im modernen kollektiven Arbeitsrecht anerkannten und nach Möglichkeit geförderten Tatsache, daß die im Betriebe durch gesetzlichen Zwang (Betriebsvertretung) und im Berufe durch freien Zusammenschluß (Gewerkschaften) gebildeten Kollektivorgane der Arbeitnehmerschaft für alle Betriebs- bzw. Berufsangehörigen im weitesten Umfang einzutreten haben, und daß die Fragen des Nachwuchses heute nicht mehr nur eine Sache der Arbeitgeber, sondern in gleicher Weise eine Angelegenheit auch der Arbeitnehmer und daher im gleichberechtigten Zusammenwirken beider Faktoren der Wirtschaft auf der Grundlage der Selbstverwaltung, nötigenfalls mit Hilfe der staatlichen Schlichtungsbehörden zu lösen sind.

Die Technische Nothilfe.

Der Reichsminister des Innern Dr. Oeser hat auf die am 6. Juni d. J. an ihn gerichtete, im „Vorwärts" Nr. 261 veröffentlichte Anfrage der Abgeordneten Breunig, Aufhäuser und Genossen über die Technische Nothilfe eine detaillierte Antwort erteilt, der wir folgendes entnehmen.

Die Technische Nothilfe wurde in der Zeit vom 1. Januar bis 12. Juni 1923 aus 17 Anlässen an 24 Einsatzorten in 50 Einsatzstellen (Betrieben usw.) eingesetzt. Sie trat in Tätigkeit zur Abwendung elementarer Gefahren und bei Arbeitseinstellungen, die zur Durchsetzung wirtschaftlicher Forderungen oder damit solidarisch gehender Bewegungen erfolgten, und aus Anlaß eines Demonstrationsstreiks.

Tätigkeit, Umfang und Dauer des Einsatzes ist je nach Lage des Falles sehr verschieden. Im Höchstfalle betrug der Einsatz 238 Nothelfer in 11 Münchener Brauereien in der Zeit vom 28. März bis 2. April 1923. Im Mindestfalle wurden 2 Nothelfer in 2 Arbeitsstunden zum Entladen leicht verderblicher Lebensmittel aus einem Dampfer im Stettiner Hafen verwendet. Die Gesamtzahl der Nothelfer betrug in der Zeit vom 1. Januar bis 12. Juni 1923 915 Köpfe. Davon entfallen 324 = 35,4 Proz. auf die bayerischen Brauereien, 249 = 27,2 Proz. auf ein Hochofenwerk nebst Hafen und Gasanstalt des Werkes, 152 = 16,6 Proz. auf Bekämpfung von Wasser- und Feuersgefahr sowie Herstellung eines Massengrabes und zur Totenbestattung, 69 = 7,5 Proz. auf 4 landwirtschaftliche Betriebe in der Zeit vom 4. bis 12. Juni. Der Rest von 121 Köpfen = 13,2 Proz. verteilt sich auf die 10 übrigen Fälle. Die Gesamtstundenzahl ist noch nicht festgestellt.

Die Reichsregierung teilt weiter mit, daß sie die Technische Nothilfe, wie auch durch den Reichsminister des Innern in der 305. Sitzung des Reichstages vom 22. Februar 1923 bei der Beratung des Etats der Technischen Nothilfe erklärt worden sei, nicht als eine dauernde Einrichtung betrachte. Sie sei bereit, mit den Spitzenorganisationen in Verhandlungen einzutreten um die Voraussetzungen für ihren Abbau zu schaffen. Bereits im Oktober vorigen Jahres habe sie mit dem Vorstand des ADGB. Verhandlungen über eine Vereinbarung zur Verrichtung der Notstandsarbeiten durch die Gewerkschaften eingeleitet, die aber bisher nicht zu Ende geführt werden konnten.

Die amtlichen Zahlen beweisen besser als lange Abhandlungen es vermögen daß die „Technische Nothilfe" heute schon eine überflüssige Einrichtung ist, für die, nachdem sich die Gewerkschaften bereit erklärt haben, bei Arbeitseinstellungen bestimmte Notarbeiten zu verrichten, keine öffentlichen Mittel mehr zur Verfügung gestellt werden dürfen. Man bedenke, bei einer Zahl von über 20 Millionen Arbeitnehmern in Deutschland, wovon zirka 14 Millionen gewerkschaftlich organisiert, sind für die Zwecke der „Technischen Nothilfe" in fast 6 Monaten 915 Personen tätig. Selbst wenn man voraussetzt, daß der Einsatz in dem gemeldeten Umfang immer „notwendig" war, steht die Zahl in keinem Verhältnis zu den aufgewendeten Mitteln. Die höchste bisher in einem Betrieb von der „Teno" erreichte Stundenzahl betrug bei 191 Nothelfern 6611 Stunden = rund 34 Stunden pro Kopf, dafür werden aber vom Reich das ganze Jahr 446 Beamte hauptamtlich und 22 nebenamtlich für die Geschäfte der „Teno" beschäftigt. Auf 2 Nothelfer entfällt rund 1 Beamter, ohne den Stab „ehrenamtlicher Nothelfer", die sich als Vorgesetzte und Führer betätigen. Es geht nicht an und ist auch volkswirtschaftlich nicht vertretbar, allein 468 Beamte für eine überflüssige Einrichtung zu beschäftigen. Dazu kommen noch die anderen großen Aufwendungen, die heute noch für die Organisation der „Teno" aufgebracht werden müssen. Diese Ausgaben stehen im umgekehrten Verhältnis zu ihrem volkswirtschaftlichen Ergebnis. Der Abbau der Technischen Nothilfe muß sofort in Angriff genommen werden.

Die Gewerkschaftsbewegung in Palästina.

Der jüdische Gewerkschaftsbund in Palästina, der sich neulich dem IGB. angeschlossen hat, ist die erste Gewerkschaftsorganisation des Orients, die sich mit den Arbeitern Europas organisatorisch verbunden hat. Die jüdischen Gewerkschaften Palästinas stehen auch offen für nichtjüdische Arbeiter ohne Rücksicht auf Rasse oder Nationalität. Die übergroße Mehrheit der arabischen Arbeiterbevölkerung steht jedoch auf solch niedriger Kulturstufe, daß ihre Gewinnung für die Gewerkschaften in naher Zukunft nicht erwartet werden kann. Unter diesen Umständen kommen für die Gewerkschaften zurzeit nur die jüdischen Arbeiter in Frage. Es wird jedoch auf die Anknüpfung von Beziehungen mit den einheimischen Arbeitern hingearbeitet, da man erkennt, daß nur ein enges Zusammenwirken aller Arbeiter ein erfolgreiches Arbeiten der Gewerkschaften ermöglicht. In einigen Fällen, so z. B. bei dem Streik der Holzarbeiter in Jaffa und der Bauarbeiter in Chaifa, haben die arabischen Arbeiter gemeinsame Sache mit ihren jüdischen Kameraden gemacht. Ohne Zweifel wird die Tätigkeit der Gewerkschaften einen großen Einfluß auf das Verhalten der einheimischen Arbeiter ausüben.

Lohnregelung im Friseurgewerbe. Zwischen den beteiligten Organisationen der selbständigen Friseure und der Gehilfenorganisation sind mit Wirkung vom 3. Juli die bisherigen Lohnsätze um 65 Proz. erhöht worden. Tarife können unter Vorlegung des Verbandsbuches im Verbandsbureau abgeholt werden. Telephonisch wird Auskunft nicht gegeben.

Arbeitnehmerverband des Friseur- und Haargewerbes.

Achtung, VSPD.-Holzarbeiter! Mittwoch findet die Fortsetzung der ordentlichen Generalversammlung um 7 Uhr abends im Gewerkschaftshaus, großer Saal, statt. In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung ist es Pflicht eines jeden Delegierten, anwesend zu sein.
Der Werbeausschuß.

Deutscher Baugewerksbund, Baugewerkschaft Berlin. Achtung, Mitglieder des erweiterten Vorstandes sowie Bezirksobleute. Heute, Dienstag, abends 6 Uhr, im Bureau des Deutschen Baugewerksbundes, Zimmer 88, äußerst wichtige Besprechung. Erscheinen ist unbedingt erforderlich. Der Vorstand.

Deutscher Holzarbeiterverband. Kammacher. Die Vertrauensmännerversammlung unserer Branche findet nicht Mittwoch, sondern Donnerstag, abends 7 Uhr, bei Rehring, Neue Friedrichstr. 1, statt.

Verantwortlich für Politik und Wirtschaft: Victor Schiff, Berlin; Gewerkschaftsbewegung: F. Steiner, Berlin; Feuilleton: R. H. Döscher, Berlin-Wilmersdorf; Lokales und Sonstiges: Fritz Karstädt, Berlin-Wilmersdorf; Anzeigen: Th. Glocke, Berlin.
Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW. 68, Lindenstraße 3.
Hierzu 1 Beilage.

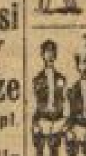
Theater, Lichtspiele usw.

Staatstheater Schauspielhaus Sommerspielzeit 7½ Uhr: Die Freier
Deutsches Th. 7½ Uhr: Pottasch u. Perlmutter
Kammerspiele 7½ Uhr: Der Faun
Gr. Schauspielhaus 7½ Uhr: Die Frühlingsfee
Theater i. d. Königgrätz. Str. 8: Die wunderl. Geschichten des Kapellm. Kreisler I. Teil
Berliner Th. 7.30 U.: Mädi
Residenz-Th. Tägl. 8 Uhr: Die Entlassung
8 U. Kleines Th. Ida Wüst in Das verlorene Amulett
8 U.: Trianon-Th. Walzer Komödie v. Rutkay Musik von Lehár

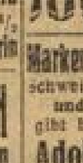
Volksbühne 7½ Uhr: Hopfenraths Erben
Lessing-Th. Sommerspielzeit! Allabendlich 8 Uhr: Liebesstreik.
8 U.: Central-Theater Die dumme Liebe Operette — Musik von Vikt. Hollaender
Deut. Künstler-Th. Sommerspielzeit Allabendlich 7½ Uhr Die Tugendprinzessin
Berliner Prater Kastanien-Allee 7-9. Täglich: Die schöne Liselott Operette in 3 Akten Dazu: Das große Varieté-Programm
Scala Das grandiose Juli-Varieté-Programm

Deutsch. Opernhaus Abends 7½ Uhr: Der Günstling der Zarin
Friedr.-Wilhelmst. Th. 8 U.: Die blonde Ratte
Theater d. Westens (Große Volksoper) 8 U.: Dreimäderlhaus
Intimes Theater 8: Diplomat im Dienst D. blaue Pyjama etc.
Lustspielhaus 8 Uhr: Die blaue Hawaii
Metropol-Theater 7¾: Die Schönste der Frauen Vorverk. ununterbr.
Neues Theat. a. Zoo Täglich 8 Uhr: Der Leibkutscher des Fridericus Rex Singspiel in 3 Akten
Neues Volkstheater 7½ U.: Vater und Sohn
Renaissance-Theat. 8 Uhr: Kampf der Geschlechter
Schiller-Th. Charl. 8 U.: Süße Susi
Thalia-Theater Täglich 8 Uhr: Die rot. Katze
Th. a. Nollendorfpl. Tägl. 7¾ Uhr: Die schöne Rivalin
7½ Wallner-Th. 7½ Des Königs Nachbarin
Wintergarten Varieté-Spielplan Rauchen gestattet!

Theater des Ostens (Rose-Theater) 7½ U.: Trompeter von Säkkingen
„Groß-Berlin" (fr. Kliem) Tägl. 8 Uhr: Gestört. Flitterwoch. Festsäle Hasenheide
Metropol-Varieté Behrenstr. 54 8 Uhr Ab 4. Juli: Gastspiele des Russ.-deutsch Theaters Masken Vorverkauf ist eröffnet
Reichshallen-Th. Allabendl. 7½ Uhr Stettiner Sänger Die Fünf-Uhr-Tee b. Schlebermann Dönhoff-Brettl Anf. 7½ U.



Theater am Kottbus. Tor Tägl. 7½ Uhr Elite-Sänger Neues Juli-Progr. u.a. „Besetzt"



Marken-Zigaretten schweizer Stumpen und Zigarren gibt billigst ab Adolf Nagel Hermannplatz 6

Das in Berlin verbreitete Gerücht daß der während des Gastspieles des Kraftphänomens Breitbart im ULAP am Lehrter Bahnhof der Eintrittspreis 50 000 Mk. beträgt, wird hiermit ausdrücklich dementiert. Trotz der nach Millionen Mark zählenden Tagesgage Breitbarts und der anderen enormen Kosten ist der Eintrittspreis zum ULAP dem Vergnügungspark der Berliner am Lehrter Bahnhof nur um mäßiges erhöht.
Presse- und Eröffnungs-Vorstellung Donnerstag, den 5. Juli, 9½ Uhr abends
Die Direktion des ULAP.

Die Gondel 8¼ Uhr Exzentrisches Theater Künstlerische Leitung: Paul Leni — Hans May Aus dem Programm: Gesang der Bergleute Jazz-Band - Rheinlied Erstrangige Küche Kein Weinzwang Fernspr.: Nollendorf 4156 Am Potsdamer Platz Bellevuestr. 4

200000 Mark bar für Erfinder aufklär. anregend. Gratisbroschüre d. F. Erdmann & Co., Bln., Königgrätzer Str. 71

Luna Park Ab 3 Uhr voller Betrieb Heute Dienstag Erster Volkstag Volkstümliche Preise. Feuerwerk

Admirals-Varieté Berlin 8⁰⁰ bestes Programm

Urania Alt-Berlin

Berliner Bockbrauerei Belle-Alliance- Ecke Fidicinstraße Jeden Dienstag, Freitag, Sonntag Erstklass. Kabarett Anfang 8 Uhr

Schokoladen in groß. Auswahl und Preislage geben ab Spletter & Co. Urbanstr. 65 Fernspr. Mpl. 7160.

Inserate im Vorwärts sichern Erfolg!

Neu eröffnet! Neu eröffnet!
Tonndorf „Feinkost"
Eingang und Verkauf Unter den Linden 44
Preiswerte Lebensmittel in reichhaltiger Auswahl!
Spezialitäten aus den allseitig gerühmten Küchen der Tonndorf-Betriebe Ch. Arno Tonndorf

Norderney Das „Nordsee-Paradies"
Direkte Schnellzugs- und Dampferverbindungen Norddeich—Norderney Seewege über Bremen/Bremerhaven od. Hamburg/Cuxhaven u. Helgoland Auskunft und Führer durch die Bade-Verwaltung und die Reisebüros

Bremen

Amerika Ostasien Australien
Regelmäßiger Personen- und Frachtverkehr mit eigenen Dampfern. Anerkannt vorzügl. Unterbringung u. Verpflegung für Reisende aller Klassen
Reisegepäck-Versicherung
Nähere Auskunft durch Norddeutscher Lloyd Bremen und seine Vertretungen
in Berlin W. 8: Norddeutsch. Lloyd, Kajütenbureau Berlin, Unter den Linden 1 (Hotel Adlon).
in Berlin SW. 40: Generalvertretung: F. Montanus, Invalidenstr. 93.
in Berlin W. 9 Transatlantisches Reise- und Verkehrsbureau, Budapester Straße 5.
in Berlin W. 8: Weltreisebureau „Union", Unter den Linden 22.

Wie eine Landkarte entsteht.

Die Arbeit der Landesvermessungsanstalt. — Ueber 3600 Meßtischblätter.

Eine Landkarte erscheint uns heute als etwas ganz Selbstverständliches. Jeder Wanderer, der nicht ins Ungewisse wandern und gleichsam Entdeckungsreisen auf eigene Faust anstellen will, bedient sich der Karte und des Kompasses und kann mit ihrer Hilfe sicher sein Ziel erreichen. Welch eine ungeheure Arbeit aber aufgewandt werden muß, um diesen so einfach erscheinenden und doch so zuverlässigen Wegweiser herzustellen, zeigt ein Gang durch das Reichsamt für Landesaufnahme in der Moltkestraße.

Aus der Geschichte der Anstalt.

Diese Reichsbehörde war **früher eine Abteilung des Großen Generalstabes** und ihre Arbeit vollzog sich Jahrhunderte lang **unter dem Ausschluß der Oeffentlichkeit.** Die Ergebnisse der Landesaufnahme wurden als Staatsgeheimnis streng gehütet. Erst in den siebziger Jahren des vorigen Jahrhunderts trat hierin eine Aenderung ein. Ein reger Verkehr hatte sich auch in Deutschland entwickelt, die Industrie war groß geworden und nun machte sich das Fehlen geeigneter Landkarten um so mehr bemerkbar, als die Zivilvermessung sich lediglich auf die zusammenhanglose Vermessung von Grundstücken beschränkt hatte. **Nur der Generalstab war im Besitz eines zusammenhängenden Kartenwerkes,** das in ständiger Arbeit auf dem laufenden gehalten war. Unter dem Druck der wirtschaftlichen Verhältnisse entschloß er sich endlich zur Veröffentlichung seiner Meßtischblätter. Von diesem Zeitpunkt ab dient die Arbeit, die auf diesem Gebiete vom Generalstab geleistet wurde, nicht mehr ausschließlich militärischen Zwecken, doch blieb das Heer immer noch der Hauptabnehmer der Karten, die infolge der verbesserten Hilfsmittel ständig an Genauigkeit zunahmen. Der Ausgang des Krieges ließ den Großen Generalstab sterben. Die Landesaufnahme wurde jetzt in **eine Zivilbehörde** umgewandelt und alles **Militärischen entkleidet.** Sie mußte, um die Kosten des Betriebes decken zu können, **neue Absatzmöglichkeiten** für ihre Arbeit suchen, sich in dieser Hinsicht also **völlig umstellen.** Sie sucht ihre Abnehmer in den Schulen, in der Wissenschaft, in der Technik. Sie wendet sich an die Verwaltungen und nicht zuletzt an die zahlreichen Wanderlustigen und bietet ihnen allen ihre Karten als zuverlässige Ratgeber und Begleiter an. Das ganze Volk soll so aus dem einst als Staatsgeheimnis gehüteten Werk seinen Nutzen ziehen.

Arbeit im Gelände.

Die **trigonometrische Abteilung** schafft die Grundlagen für die Karten. Draußen im Lande ragen an hervorragenden Punkten jene einfachen Holztürme, die **trigonometrischen Signale,** empor, die einen weiten Blick in ihre Umgebung gewähren. Von der Höhe dieser Signale aus, unter Umständen auch von geeigneten Kirchtürmen, wird nun das Land vermessen und **ein Netz von Punkten** festgelegt, deren Lage zueinander und auf der Erdoberfläche genau bestimmt wird. Bei dieser „Triangulation" oder Dreiecksmessung wird von einer in der Natur mit den feinsten Meßapparaten gemessenen Strecke, **der Basis,** ausgegangen. Durch **Winkelmessung** an den **Endpunkten** dieser Basis nach einem von beiden Punkten sichtbaren Ziel wird das erste Dreieck gewonnen, dessen Seitenlängen genau errechnet werden und nun die Ausgangsstrecken für weitere Dreiecke bilden, deren Seitenlängen genau so errechnet werden. So reiht sich Dreieck an Dreieck, bis das ganze Land von diesem Netz überzogen ist, das die Ausgangspunkte für alle weiteren Vermessungen liefert. Eine weitere Aufgabe der trigonometrischen Abteilung ist **die Feststellung des „Landesnivellementes",** die genaue Angabe der Höhenunterschiede im Gelände. Die **topographische Abteilung** stellt nun mit Hilfe dieses Punktnetzes die Meßtischblätter her. Der Topograph geht hinaus in die Landschaft, ausgerüstet mit **Kippregel und Meßtisch.** Die Kippregel ist ein Instrument, das im wesentlichen aus einem nach allen Seiten beweglichen Fernrohr besteht, und dessen Stellung an zweckmäßig angebrachten Skalen abgelesen werden kann. Dieses Instrument ist auf dem „Meßtisch", einer mit Zeichenpapier überklebten Platte, befestigt und auf ihm entsteht nun das Kartenbild, indem jeder mit der Kippregel gemessene Punkt sorgsam eingetragen wird. Die Höhen werden durch Höhenlinien wiedergegeben, die alle Punkte gleicher Höhe miteinander verbinden. Das im Maßstab 1 : 25 000 gezeichnete **„Meßtischblatt"** bildet nun wieder die **Grundlage** nicht nur für **sämtliche Kartenwerke** des Reichsamtes für Landesaufnahme, sondern auch für die Karten der Privatindustrie. Von Zeit zu Zeit müssen die Karten berichtigt werden. Zu diesem Zweck arbeitet eine Anzahl Topographen ständig im Gelände. Die hier erwähnte Methode der Landesaufnahme versagt oft bei der Aufnahme unbegehbaren Geländes, z. B. bei Steilküsten und im Hochgebirge. Hier hat die Technik den **„Stereoautographen"** geschaffen, einen Apparat, der nach photographischen Aufnahmen **das Gelände im Zimmer auszumessen und zu zeichnen** gestattet. Von diesen Wunderinstrumenten, die bei Zeiß in Jena konstruiert wurden, gibt es auf der ganzen Erde nur ein Dutzend.

Das Steinarchiv im Keller.

In den Kellern der Kartographischen Abteilung, die nun die Vervielfältigung der Meßtischblätter auszuführen hat, ist **ein eigenartiges Archiv** zu finden: Tausende von flachen Steinen, die in Regalen wohlgeordnet stehen und von denen jeder eine der vielen Karten wiedergibt, die hier hergestellt werden. Man gedenkt unwillkürlich der Steintafeln, auf denen die alten Assyrier ihre Geschichte schrieben. Diese Steine hier erzählen jedoch die Geschichte eines bescheidenen Teiles der Erdoberfläche. Und doch besteht diese Geschichte aus nicht weniger als **3600 einzelnen Meßtischblättern,** die **die ganze deutsche Republik** umfassen, mit Ausnahme von Bayern und Württemberg, die die auf ihr Gebiet entfallenden Blätter selbständig bearbeiten. Außer dem **Steindruck** wird auch der **Kupferdruck** in weitestem Umfange angewendet und für den **Offsetdruck** gelangen **Aluminiumplatten** zur Verwendung, die sich schmiegsam um die Walzen legen, die in der **Rotationsmaschine** laufen. Bei diesen Maschinen wird jedes Kartenblatt durch Luft angesaugt, wenn es zum Druck die Walzen durchlaufen soll, während bei den Flachdruckpressen jedes einzelne Blatt sorgsam von Hand angelegt werden muß. Hier werden außer den Meßtischblättern die **Karten des Deutschen Reiches** in den Maßstäben 1 : 100 000 und 1 : 200 000 gedruckt, ferner **Karten von Mitteleuropa** in den Maßstäben 1 : 200 000 und 1 : 300 000. Daneben werden **Sonderkarten** herausgebracht, wie z. B. Umgebungskarten von 160 größeren Städten, unter denen besonders die **Umgebungskarte von Berlin** im Maßstabe 1 : 50 000, die aus zwölf einzelnen Blättern besteht, hervorgehoben werden mag, sowie 45 Kreiskarten und Wanderkarten für besondere Gebiete, wie den **Harz, Thüringer Wald, Lüneburger Heide, Schwarzwald, Taunus usw.** Den Vertrieb dieser Karten besorgt die Kartenvertriebsabteilung, die übrigens Behörden und Schulen Ermäßigungen von 10—30 Proz. des Preises gewährt.

*

Der Werdegang der Karten ist in einer kleinen Ausstellung zusammengestellt, die sich in der Moltkestraße 4, vorn 2 Treppen, befindet und einen interessanten Ueberblick über dieses Gebiet gewährt. Der Besucher findet hier das Meßtischblatt, wie es der Topograph liefert, er sieht die auf Stein, Kupfer und Aluminium übertragene Zeichnung und schließlich auch die fertigen Kartenwerke, die über Deutschlands Bodengestaltung eingehenden Aufschluß geben.

Die Zirkus-Krawalle vor Gericht.

Vernehmung der Abgeordneten Geisler und Laverrenz.

Im Lauf der gestrigen Verhandlung erklärte auf zahlreiche Fragen der Verteidigung Reichstagsabgeordneter Geisler, daß dem Bund für Freiheit und Ordnung nur Einzelpersonen und nicht Körperschaften angehört haben. Justizrat Dr. B. Fränkl fragt den Zeugen, ob nicht die Bureauräume des Bundes von dem Verbindungsbund der Brüder vom Stein übernommen worden seien. Zeuge Geisler: „Ich kenne diesen Bund nicht. Wenn das der Fall gewesen sein sollte, dann handelt es sich um einen zufälligen räumlichen Zusammenhang." Auf eine weitere Frage erwiderte der Zeuge, daß es sich seiner Kenntnis entziehe, daß Forstrat Escherich wiederholt in den Bureauräumen des Bundes „gewesen sei. Er habe nie mit ihm dort eine Zusammenkunft gehabt.

R.-A. Dr. S. Weinberg weist auf ein Rundschreiben des Bundes hin, das den Satz enthält, daß die Regierung nicht mehr genügend Macht habe und daß die Bürgerschaft sich nun selbst helfen müsse. Zeuge: „Damit war lediglich unbewaffnetes Eingreifen gemeint." R.-A. Dr. S. Weinberg: „Nach Ihrem Programm wollen Sie doch einen Umsturz verhüten. Wollten Sie sich auch gegen einen Umsturz wenden, der von monarchistischer Seite kam?" Zeuge: „Die Frage der Monarchie ist im Vorstand bis dahin noch nicht erörtert worden." Vert.: „Ist auch in privaten Kreisen darüber nicht gesprochen worden, ob der Bund sich einer gewaltsamen Einsetzung der Monarchie entgegenstemmen würde?" Zeuge: „Ich kann nur wiederholen, daß wir keine Waffen hatten." R.-A. Dr. S. Weinberg: „Wie ist denn hierüber Ihre private Meinung?" Zeuge: „Meine persönliche Meinung ist doch nicht maßgebend. Der Vorsitzende hat nur die Beschlüsse auszuführen." R.-A. Dr. S. Weinberg: „Wie stehen Sie persönlich zur Verfassungsfrage?" Zeuge: „Ich glaube nicht, daß ich verpflichtet bin, hierüber Auskunft zu geben." Vert.: „Diese Weigerung genügt mir." R.-A. Dr. Herzfeld: „Ist es wahr, daß unter frenetischem Beifall gerufen wurde: „Nieder mit dem Restaurateur Ebert?" Zeuge: „Das habe ich nicht gehört." R.-A. Dr. Herzfeld: „Ihr offizieller Redner Pfarrer Wangemann hat von einem gelingenden Märzputsch gesprochen. Wollen Sie behaupten, daß in Ihren Konferenzen nie von dem kommenden Märzputsch gesprochen wurde?" Zeuge: „Unter meinem Eid kann ich erklären, daß das nie geschehen ist. Dieser Pfarrer Wangemann aus Magdeburg war durch eine Verwechselung mit einem Pfarrer gleichen Namens aus Lübeck zum Redner bestellt. Er hat nur hypothetisch davon gesprochen, daß die Kreise, die am 9. November Republikaner geworden sind, bei einem gelingenden Märzputsch wieder Monarchisten sein würden. Daraus den Schluß umstürzlerischer Tendenzen des Bundes zu ziehen, ist eine willkürliche Konstruktionen." Der nächste Zeuge ist Generalleutnant a. D. v. Hülsen. Die Ziele des Bundes, sagt er aus, seien in den Statuten festgelegt. Es sei wichtig gewesen, in dieser Zeit über den Parteien die Kräfte gegen die umstürzlerischen Elemente zur Verfügung zu stellen. In keiner Weise sei in den Aufrufen von bewaffnetem Aufstand die Rede gewesen, sondern nur von einem moralischen Wirken. Der Bund sei viel zu klein gewesen, um einen bewaffneten Aufstand zu machen. Der Befehl an den Selbstschutz soll nach seinen Informationen gefälscht sein. Der Zeuge schildert dann die Vorgänge, die sich im Zirkus abspielten. Polizeiassistent Ludwig war als Mitglied des Bundes zur Versammlung gegangen. Er gehörte dem Selbstschutz bis zur Auflösung an. Ein Befehl an den Selbstschutz, zu mobilisieren und gegen die Arbeiter, insbesondere jüdisch aussehende Kommunisten rücksichtslos vorzugehen, muß erfunden sein, sonst wäre er ihm auch zugegangen. Schon auf dem Wege zur Versammlung hörte er von Arbeitern: „Das Nest müsse ausgeräuchert werden. Mit dieser Bande müsse Feierabend gemacht werden." Am Zirkus standen die Obdachlosen mit vor Angst schlotternden Knien und die Führer sprachen ihnen Mut zu. Eine Jugendgruppe mit dem Sowjetstern riß das Pflaster auf und steckte die Steine in einen Brotbeutel, um dann ein Bombardement zu beginnen. Ein junges Mädchen sagte zu dem Zeugen: „Du bist auch so einer." Er wurde darauf sofort umringt, aber in diesem Augenblick kam die Schupo auf Lastwagen und drängte die Massen zurück. — Darauf wird als Zeuge Reichstagsabgeordneter Oberregierungsrat Laverrenz aufgerufen. Er gibt von dem Zweck der Versammlung eine ähnliche Schilderung wie die Vorzeugen. Zwischen dem Zeugen und R.-A. Dr. Herzfeld kommt es dann zu Auseinandersetzungen über die proletarischen Hundertschaften. Vors.: „Ich will die Verteidigung nicht beschränken, muß aber verhindern, daß die Verhandlungen ins Uferlose gehen." Der Zeuge bestreitet weiter, auf Fragen von R.-A. Dr. Weinberg, daß er jemals den Rat gegeben habe, einen Linksputsch zu provozieren. Er antwortet: „Ich glaube nicht." R.-A. Dr. Weinberg: „Diese Form der Antwort genügt mir." Zeuge: „Ich kleide meine Antwort nur in eine vorsichtige Form." Nach Vernehmung einiger Tatzeugen beschloß das Gericht, den früheren Staatskommissar, jetzigen Staatssekretär Dr. Weismann, zu laden. Nächste Sitzung am Mittwoch.

27]

Als die Wasser fielen.

Von Otto Rung*).

Doch in der Ruhezeit erlaubte der Professor ihr, in dem stillen Garten hinter den Höfen Charlottenborgs zu spielen, wo es Rasen, dessen Gras so spärlich wie die Borsten einer Bürste war, und nur ganz wenig Kies in den Gängen gab, wo aber alte Vasen und Säulenknäufe mit Erde in allen Fugen und Sprüngen aufgestellt waren. Da stand ein großer, ganz dichter Lebensbaum und in einem viereckigen Kasten eine Palme mit mächtigen Fächern und ein Maulbeerbaum, die niemand berühren durfte. Alle diese Bäume standen hier seit alten Tagen, als dies hier noch der Botanische Garten war, als hier Kalthaus und Warmhaus lagen, wie der Professor sich aus seiner Knabenzeit erinnern konnte. Damals ging der Hafen noch ganz um den alten Münzhof hinter der Reperbahn bei Nyhavn herum bis zum Alten Dock und der Smalö, wo er bei den Schuppen des Schwimmfloßes gebadet hatte. —

Der Professor war mild und freundlich gegen seine kleinen Modelle. Jedes Jahr zu seinem Geburtstage kamen sie alle zur Schokolade. Er trug immer eine altmodische Mütze aus braunem Samt, das weiße Haar hing wie Eiszapfen über seine Wangen, aber er hatte einen Schnurrbart wie ein Rittmeister, und an seiner Wand hingen Skizzen aus dem Schleswigschen Kriege von Soldaten mit blutigen Taschentüchern um die Stirn und gefälltem Bajonett. Gerda hatte ein Sparkassenbuch, auf das die Zehnöreestücke kamen, die sie jede Stunde verdiente, wenn sie für Großmutters Liebling oder den kleinen Gratulanten Modell saß.

Sie erzählte, wie sie später von einer Künstlerin, die oft zu dem Professor kam und selbst mit einem Maler verheiratet war, entdeckt worden war.

Diese Dame ließ ihren Mann das Kind und dessen kleine Zeichnungen sehen. Er war sehr groß, hatte einen tintenschwarzen Vollbart und einen Mund wie eine Johannisbeere. Er hieß Herr Rosentoft und malte jetzt nur noch sehr selten, um mehr freie Zeit zu haben.

Frau Rosentoft aber besaß eine Kunstschule, in der viele Hunderte von jungen Mädchen durch sie zur Künstlerin gemacht worden waren. Auch sie lobte die mit Wasserfarbe gemalten Blumen der sechzehnjährigen Gerda und lud sie in ihr Atelier ein.

Gerda beschrieb sie: Sie hatte glattgekämmtes gelbes Haar, das wie Honig aus einem Topfe floß, und ging in Kleidern ohne Gürtel aber mit vielen Filigranbroschen. Ihre Schule war in der Holbergsgade und bestand aus zwei Räumen mit Oberlicht unter dem Dache. Die Privatwohnung war hinten; es waren viele gemütliche kleine Zimmer, die ganz dunkel und mit weichen Diwanen ausgestattet waren, und in denen Tag und Nacht farbige Ampeln brannten. Frau Rosentoft schenkte Gerda einen Freiplatz, wogegen sie sich für drei Jahre Unterricht binden mußte. Herr Rosentoft stand, den Arm um seine Frau gelegt, dabei und nickte gerührt über ihre Güte, er bewegte den Kopf im Kragen, daß der Hals bloß und weiß unter dem Bart zum Vorschein kam. Beklommen durch die Luft um die vielen jungen Mädchen, fächelte er sich mit dem Taschentuche und ging mit einem tiefen wehmütigen Seufzer in seine dämmerige Wohnung.

Gerda wurde in die Schülerklasse gesetzt und lernte mit einer Art klebriger Farbe zu grundieren, die aus einem Pulver mit einer Tinktur auf einem umgedrehten Teller verrührt wurde. „Unsere kleine Gerda kann sehen!" sagte Frau Rosentoft strahlend zu ihrem Manne, während alle die jungen Mädchen erröteten. Die Klasse bestand teils aus jungen Mädchen, meist Töchtern von Krämern und Fuhrleuten von der Nörrebrokante, teils aus jungen Frauen, die Talent verraten hatten und nun die Aschbecher ihrer Väter und Männer mit Rosen oder das Dessertservice mit Vergißmeinnicht schmücken wollten.

Gerda entdeckte später, daß es über zwanzig Freiplätze wie den ihren gab. Sie malten unter Frau Gunhildes Aufsicht ganze Porzellanservice, die weit und breit als Frau Gunhildes Service bekannt waren. Frau Rosentoft saß im Licht, machte ihre künstlerischen Funde, sprang, wenn ihr Gedanke erlöst wurde, mit einem kleinen Ausruf: Oh! auf und lief gleich in ihre Stube, um ein paar Akkorde Chopin auf ihrem Flügel zu spielen, worauf sie sich eine Blume aus der Vase ins Haar steckte und zu zeichnen begann: eine Gänseblume, einen Delphin oder eine von Schmetterlingen umschwärmte Seerose, das war ihr Dänisches Naturservice, das in allen Provinzstädten des ganzen Landes weit berühmt war.

Als Gerda aber weiterkam, lernte sie die berühmten nationalen Service kopieren, die Dyveke- und die Tove-Serie, das Knud Lavard- und das Svend Tröst-Service und das Grönländische Service mit Falken, Walfischen und Kajaks. Viele, viele hundert Teller, Schüsseln und Saucieren malte Gerda.

Frau Gunhilde brachte ihren Vögelchen, wie sie sie nannte, jeden Tag zum Frühstück Wasserkakao und jeder einen Roggenteks. Sie strich den jungen Freiplatzschülerinnen behutsam über das Haar und gab ihnen historische Namen: die schwarze Schönheit aus Hellerup mit dem schweren Kinn nannte sie Berengaria und Gerda wegen ihrer Schüchternheit die stolze Adelit. Sie mußten sie beim Vornamen nennen, und Frau Gunhilde nannte sie ihre kleinen Mägde, und zuweilen, wenn sie recht viele Teller an einem Tage fertig bekommen hatten, spielte sie ihnen auf dem Flügel vaterländische Lieder vor. Dann kam Herr Rosentoft und stand in der offenen Tür, wippte mit dem linken Fuß, der in einem türkischen Morgenschuh steckte, den Takt, während seine hellblauen Augen unter den hohen Brauen bald diese, bald jene Schülerin warm und freundlich anblickten. Die fleißigsten durften in sein Zimmer kommen, wo er sie an der Hand nahm und ihnen Pfefferminzplättchen oder Bonbons anbot, die sie ihm, wie er scherzhaft sagte, aus dem Munde essen sollten.

Aber wenn ein Service, zweiunddreißig Teller, drei Terrinen und vier Schüsseln sowie die Saucieren, fertig gemalt war, dann kam er selbst, bewunderte das Kunstwerk und klatschte in die Hände, worauf er das Porzellan forttrug. Er sagte, daß es in einer Fabrik in der Sölygade gebrannt werden sollte. Sie sahen es nie wieder, weder das Elfenhügelservice noch Die wilden Schwäne, von denen der jüngste statt eines Armes einen Flügel trug und mit der Prinzessin, die auf einem Scheiterhaufen saß und Hemden nähte, auf dem Terrinendeckel.

Es war, erzählte Gerda, seltsam und traurig zu sehen, wie die kleinen Kunstwerke fortgebracht wurden, nachdem man wochenlang jeden der kleinen Schwanenprinzen verhätschelt hatte. Es war gerade wie im Märchen selber, wo die Kinder der Königstöchter eines nach dem anderen von der bösen Stiefmutter fortgetragen wurden. Aber nun flogen sie, wie Frau Rosentoft sagte, als ein Service von wilden Schwänen weit in die Welt hinaus!

Die vorgeschrittenen Schülerinnen durften Herrn Rosentofts ältere Gemälde kopieren, die in seinem zur Straße hinaus gelegenen Privatatelier hingen, und die selbst von Schülern ausgeführte Kopien waren, weil die Originale längst verkauft waren. Sie waren sehr groß, sowohl „Die Tochter der Gewässer", wie „Das Sommernachtsbad", sollten aber auf Kabinettformat verkleinert werden, besonders „Die Quellnymphe". Die Kopien behielt Herr Rosentoft. Es war in den ersten großen Bilderverkaufszeiten, erzählte Gerda, und Herr Rosentoft hatte einen Vetter, der reiste und die Gemälde an die neuen Herrenhöfe oder an die Hotelbesitzer im ganzen Lande verkaufte. Man konnte nicht Bilder genug bekommen.

(Fortsetzung folgt.)

*) Der Roman ist in Buchform im Volksverband der Bücherfreunde, Wegweiser-Verlag G. m. b. H., Berlin W 50, Rankestr. 34, erschienen und wird an die Mitglieder des Verbandes geliefert. Die Mitgliedschaft ist kostenlos. Drucksachen über den Verband werden von diesem auf Aufforderung zugesandt.

Die Vollendung der Nordsüdbahn.

Schwierigkeiten für Beschaffung der notwendigen Mittel.

Die der Nordsüdbahn bisher zur Verfügung gestellten Mittel sind aufgebraucht. Der preußische Staat hat einen Staatsbankwechselkredit und zwar in Höhe von 14 Milliarden für Anfang Juli dieses Jahres in Aussicht gestellt, so daß zu hoffen ist, daß damit die der Vollendung der Nordsüdbahn an der Ecke Gneisenaustraße bis Belle-Alliance-Straße entgegenstehenden finanziellen Schwierigkeiten vorerst überwunden sind. Ein genaues Finanzprogramm heute aufzustellen, ist indessen nach Lage der völlig unsicheren Verhältnisse auf dem Baumarkt bei den sich sprunghaft steigernden Lohn- und Materialkosten unmöglich. Bei der katastrophalen Geldentwertung werden zur vollständigen Fertigstellung der Nordsüdbahn auf der Strecke Seestraße—Kaiser-Friedrich-Platz fraglos noch weitere Mittel erforderlich werden. Der Magistrat verhandelt dauernd über die weitere Finanzierung des Unternehmens durch Anleihen, gegebenenfalls auch wertbeständige, sowie Verkauf freiwerdender Baumaterialien und Inventarien. Er bereitet für den Fall, daß die zur Vollendung des Baues erforderlichen Mittel nicht auf diesem oder ähnlichem Wege und auch nicht durch Ausgabe von Obligationen der Nordsüdbahn-Aktiengesellschaft beschafft werden können, die weitere Finanzierung des Unternehmens durch Erhöhung des Aktienkapitals und Ausgabe eines Teiles der Aktien vor, und wird der Stadtverordnetenversammlung hierüber weitere Vorlagen unterbreiten. Die Nordsüdbahn bedarf jedoch eines sofortigen Vorschusses von rund acht Milliarden Mark, die zum Teil zur Fortführung der im Gange befindlichen Bauarbeiten bis zur Erlangung des staatlichen 14-Milliardenkredites, zum Teil auch zum sofortigen Ankauf von zurzeit noch preiswert zu erwerbenden Betriebsmitteln benötigt werden. Der Magistrat hat die Stadtverordnetenversammlung ersucht, mit der vorschußweisen Bereitstellung der für die Weiterführung der Bauarbeiten und Betriebsmittelbeschaffung erforderlichen 8 Milliarden Mark einverstanden zu sein.

Wieder höhere Kohlenpreise.

Das Kohlenamt teilt mit: Infolge der ab 1. Juli erfolgten 200prozentigen Erhöhung der Bahnfrachten ist eine entsprechende Heraufsetzung der Kleinverkaufspreise für Briketts und Koks erforderlich geworden. Diese stellen sich mit Wirkung vom 3. Juli wie folgt: Küchen- und Ofenbrand: Briketts pro Zentner ab Lager: 26 880 M., frei Keller: 28 000 M. Gaskoks pro Zentner ab Lager: 57 180 M., frei Keller: 58 500 M. Fuhrenweise Lieferung: Briketts pro Zentner ab Lager: 26 880 M., frei Keller: 27 900 M. Gaskoks pro Zentner ab Lager: 57 180 M., frei Keller: 58 300 M.

Der Kleingarten-Pachtzins der Stadt.

In der Versammlung des Kleingartenvereins, über die wir am Mittwoch berichteten, hat der kommunistische Stadtverordnete Ostrowski behauptet, der „Ausschuß für Wohnungs- und Siedlungswesen" habe den Kleingärtnern die Pachtsätze erhöht. Zu dieser Behauptung, die in der Deputation für Wohnungs- und Siedlungswesen am Donnerstag zur Sprache kam, sei festgestellt, daß es einen „Ausschuß für Wohnungs- und Siedlungswesen" gar nicht gibt. Die Deputation hat drei Ausschüsse, einen Wohnungsausschuß, einen Siedlungs- und Kleingartenausschuß und einen Park- und Gestaltungsausschuß, die jeder selbständig die ihm zustehenden Arbeiten regelt. In der Deputation wird über allgemeine Fragen verhandelt und über Streitfragen der einzelnen Ausschüsse. Bei der Vorbesprechung des Kleingartenamtes mit den Pächtervertretern wurde der jetzige Pachtsatz vereinbart. Warum ist nicht derjenige Vertreter der Kommission, der im Siedlungsausschuß sitzt, in die Versammlung gegangen, um wahrheitsgemäß das den Pächtern zu sagen? Dazu fehlt wohl den Herrschaften der Mut, den sie aufbringen, wenn es gilt, Agitationsreden zu halten und der Sozialdemokratischen Partei etwas am Zeuge zu flicken. Daß die Stadt Berlin bei der fortschreitenden Geldentwertung nicht an dem alten Pachtsatz festhalten kann, während sie selber alle steigenden Verpflichtungen erfüllen muß, das versteht sich von selber, wie ja auch die Kommunisten ihre „Rote Fahne" heute nicht mehr zu dem vorjährigen Preis geben können. Wegen der Art der Zahlung des Pachtsatzes werden unsere Genossen im Siedlungs- und Kleingartenausschuß Aufklärung verlangen und für gerechte Regelung sorgen.

Die außerordentliche Generalversammlung der Konsumgenossenschaft,

die kürzlich stattfand, beschäftigte sich in erster Linie mit der als Folge der Geldentwertung erneut notwendig gewordenen Erhöhung des Geschäftsanteils. Der vom Geschäftsführer Mirus begründete Verwaltungsantrag, den Geschäftsanteil von 10 000 M. auf 100 000 M. zu erhöhen, gelangte widerspruchslos zur Annahme. Von kommunistischer Seite wurde in der Aussprache befürwortet, zur Stärkung der Finanzkraft der Genossenschaft Staatskredite zu fordern und dieser Forderung durch Demonstrationen und allgemeinen Genossenschafts-Steuerstreik Nachdruck zu verleihen; demgegenüber wurde auf die Unzweckmäßigkeit dieser Kampfmittel hingewiesen und die Selbsthilfe als das gesündeste und stärkste Fundament einer selbständigen Arbeiterorganisation bezeichnet. Ein zweiter Verwaltungsantrag zielte darauf ab, die Vertreterwahlen zur Generalversammlung nicht alljährlich, sondern in zweijährigen Intervallen stattfinden zu lassen. Die von Güttler gegebene Begründung wies auf die damit zu erreichenden Kostenersparnisse und die wünschenswerte größere Stabilität im Funktionärkörper hin. Für diesen Antrag stimmten 311 Vertreter, dagegen 126 Vertreter der kommunistischen Fraktion. Da dieser Antrag eine Statutenänderung bedingte und hierfür eine Dreiviertelmehrheit notwendig war, mußte die Ablehnung des Antrages festgestellt werden. (Zur Dreiviertelmajorität fehlten nur ein reichliches Dutzend Stimmen.) Demnach finden die nächsten Vertreterwahlen bereits im ersten Vierteljahr 1924 statt. Ein weiterer Tagesordnungspunkt bezog sich auf die Sparordnung der genossenschaftlichen Sparkasse. Gutgeheißen wurde die Erhöhung des Zinsfußes der Spareinlagen auf 7 Proz. bei täglicher Kündigung, für längere Kündigungsfristen sind 8 und 9 Proz. und für steuerfreie Sparkonten 10 Proz. vorgesehen. Es folgte dann der Bericht der Wahlprüfungskommission, deren Entscheidung über einige Wahlproteste unter dem Widerspruch der kommunistischen Fraktion bestätigt wurde. Fritz und Schlegel erstatteten eingehend Bericht über die Ergebnisse der diesjährigen genossenschaftlichen Tagungen; als bemerkenswert ist hervorzuheben, daß das Organisationsstatut des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine eine Aenderung erfahren hat, dahingehend, daß ferner nur Verwaltungsmitglieder Stimmrecht auf den Zentralgenossenschaftstagen haben. Auf Vorschlag der Berliner Delegation sind Ausnahmen für die größeren Vereine zugelassen, indem Genossenschaften mit 3 bis 4 stimmberechtigten Delegierten einen, mit 5 bis 6 Delegierten zwei Vertreter entsenden können, die nicht der Verwaltung angehören. Für Berlin werden demnach künftig vier Verwaltungsmitglieder und zwei von der Generalversammlung zu wählende Vertreter das Stimmrecht auszuüben haben. Den Abschluß der Generalversammlung bildeten Wahlen zu den Verwaltungskommissionen.

Ein Opfer seines Irrwahns. Am Sonntagabend wurde der 35 Jahre alte Schankwirt Heinrich Barg aus Oberschöneweide, der seit einigen Tagen verschwunden war, in der Waschküche des Friedhofsinspektors auf dem Kirchhof der Gemeinde Oberschöneweide blutüberströmt aufgefunden. Er hatte sich mit einem Beil die Schädeldecke zu zertrümmern versucht. Als ihm das nicht gelungen war, hatte er aus einer Flasche Gift getrunken und sich mit einem Kittmesser, wie es die Glaser haben, beide Pulsadern und die Schläfen zerschnitten. Als ihn die Beamten auffanden, bat er sie, ihn doch zu erschießen, und als die Polizisten das natürlich ablehnten, verlangte er einen Revolver, um sich selbst zu entleiben. Der Unglückliche wurde nach dem Elisabeth-Hospital geschafft. Er glaubte sich von Franzosen in Kraftwagen verfolgt und hatte in diesem Wahn die schreckliche Tat begangen.

Verkauf von billigen Lebensmitteln. Das Ernährungsamt teilt mit: Vom 10. Juli bis 4. August erfolgt seitens der Stadt Berlin ein Verkauf von Lebensmitteln zu verbilligten Preisen, und zwar Kokosfett in ½-Pfund-Tafeln zum Preise von 5000 M. je Tafel und Graupen zum Preise von 1300 M. je Pfund. Der Verkauf findet nur an diejenigen Minderbemittelten statt, die im Besitze der nach Prüfung der wirtschaftlichen Verhältnisse von den Bezirksämtern bzw. deren einzelnen zuständigen Stellen ausgehändigten Bezugskarten sind. Ueber die im Bezirk gelegenen Verkaufsstellen erteilen die zuständigen Stellen des Bezirksamts Auskunft.

Eine Karte der Umgebung von Berlin im Maßstabe 1 : 100 000, bearbeitet vom Reichsamt für Landesaufnahme, ist soeben erschienen. Die sauber in vierfarbigem Offsetdruck hergestellte Karte zeichnet sich durch klare Uebersichtlichkeit aus. Von Oranienburg im Norden bis Mittenwalde im Süden, Strausberg im Osten und Nauen im Westen gibt die Karte dem Touristen ein genaues Geländebild, weil Straßen, Flüsse, Wälder farbig hervorgehoben und die kleinsten Bodenerhebungen in Metern angegeben sind. Die Karte ist von der Landkartenhandlung R. Schwarz, Jägerstr. 61, oder jeder Buchhandlung zu beziehen.

Bezirksbildungsausschuß Groß-Berlin. Donnerstag, den 5. Juli, abends 6 Uhr, in der Bibliothek des Bezirksbildungsausschusses Lindenstr. 3, 2. Hof, 2 Tr., Zimmer 8: Sitzung des kleinen Bildungsausschusses. Wichtige Tagesordnung!

Jubiläum. Der Monteur Genosse Oskar Hofrichter begeht heute mit seiner Gattin das Fest der Silberhochzeit.

„Das Ringen an der Ruhr." Zu diesem Thema findet eine gr. öffentl. Versammlung der Ges. f. republ.-demokr. Politik am Mittwoch, 4. Juli, abds. 7 Uhr, in der Schulaula Kochstr. 65 statt. Referenten: Pastor Hans Francke und Rudolf Rocker. In der Debatte sprechen: Professor Oestreich, Alfons Horten u. a.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Für den Kampffonds der VSPD. wurden in der 1. Abteilung auf drei Sammellisten 250 000 M. gesammelt und von den Genossen Schneider, Meyer und Zschiesing an die Bezirkskasse abgeführt, worüber hierdurch mit bestem Dank öffentlich quittiert wird.

J. A.: Alex Pagels.

*

3. Kreis. **Wedding.** Bildungsausschuß. Dienstag, den 3. Juli, 6 Uhr, Sitzung an bekannter Stelle.
14. Kreis. **Neukölln.** Die Sitzung der Kommunalen Kommission am Dienstag fällt umständehalber aus.
6. Kreis. **Kreuzberg.** Bildungsausschuß. Mittwoch, den 4. Juli, 7½ Uhr, wichtige Sitzung bei Reim, Urbanstr. 20.
17. Kreis. **Lichtenberg.** Die Kreisvorstandssitzung fällt wegen der am Mittwoch stattfindenden Funktionärversammlung aus.
13. Kreis. **Pankow.** Die Kreisdelegiertenversammlung findet infolge der großen Funktionärkonferenz erst am Donnerstag statt.
3. Kreis. **Wedding.** Donnerstag, den 5. Juli, öffentliche Beamtenversammlung 7 Uhr Bockbrauerei, Chaussee-, Ecke Gerichtstraße. Thema: „Die Aufgaben des Beamten in der Republik". Ref. Gen. W. Hoffmann, M. d. R. Freie Aussprache.
13. Kreis. Donnerstag, den 5. Juli, 7½ Uhr, Kreisvorstandssitzung im Lokal des Genossen Reinhold Richter, Niederschöneweide, Hasselwerder Str. 36a.
4. Kreis. **Prenzlauer Berg.** Freitag, den 6. Juli, 6½ Uhr, Sitzung der Redner mit dem Bildungsausschuß und dem Sommerfestausschuß bei Klug, Danziger Str. 71. — 7½ Uhr Sitzung des erweiterten Kreisvorstandes.

Heute, Dienstag, den 3. Juli:

15. Abt. 7½ Uhr Sitzung der Kommunalen Kommission bei Wehner, Waitzstraße 3.
89. Abt. **Schöneberg.** Die fällige Vorstandssitzung fällt aus.
Jungsozialisten. Gruppe **Lichtenberg.** 7½ Uhr Jugendheim Parkaue 10, Vortrag: „Ansätze einer proletarischen Kultur in der Jugendbewegung". Ref. Genosse Oppenheimer.

Morgen, Mittwoch, den 4. Juli:

5. Abt. 7½ Uhr bei Hebler, Georgenkirchstr. 36, Sitzung aller auf kommunalem Gebiet tätigen und interessierten Genossen.
7. Abt. 7½ Uhr Beamtenzusammenkunft bei Dahms, Schlegelstr. 9. Gäste willkommen.
47. Abt. 7½ Uhr Sitzung der Kommunalen Kommission bei Pfing, Mussauer Straße 1. Vortrag des Genossen Prangel: „Praktische Arbeit in der Wohlfahrtskommission". Interessierte Genossen auch aus anderen Abteilungen als Gäste willkommen.
Neukölln. 80. Abt. Die fällige Funktionärsitzung fällt umständehalber aus. — 82. Abt. 7½ Uhr Funktionärversammlung bei Wolf, Kaiser-Friedrich-Straße 173.
164. Abt. **Niederschöneweide.** 7½ Uhr Konferenzzimmer der Knabenschule Rudower Straße, Vorstandssitzung.

Frauenveranstaltungen am Mittwoch, den 4. Juli:

13. Kreis. 7½ Uhr bei Nienhorst, Mariendorf, Chaussee-, Ecke Strelitzstraße. Thema: „Der Hamburger Frauenkongreß". Ref. Genossin Mathilde Wurm, M. d. R.
17. Abt. 7 Uhr Oberklasse der Gemeindeschule Tegeler Straße 20. Thema: „Unsere Erde". Ref. Gen. Langner. Gäste willkommen.

*

33. Abt. Donnerstag, den 5. Juli, 6½ Uhr, Konferenzzimmer der Schule Hohenlohestraße, Funktionärkonferenz. Die Bezirksführer laden ein.
76. Abt. **Dahlem.** Mitgliederversammlung und Zahlabend der Abteilung findet von nun an jeden 3. Freitag im Monat um 8 Uhr bei Schilling statt.

Jugendveranstaltungen.

Vom 8.—12. Juli finden in Weimar Festspiele des deutschen Schiller-Bundes statt. Da die Veranstaltungen einen billigen und anregenden Ferienaufenthalt gewähren, machen wir an dieser Stelle noch einmal darauf aufmerksam. Meldungen werden bis spätestens Mittwoch, den 4. Juli, im Jugendsekretariat entgegengenommen.

Mitgliederversammlungen am Dienstag, den 3. Juli:

Buchholz. Jugendheim Lokal von Roffat, Hauptstraße. — **Köpenick.** Jugendheim Grünauer Str. 5, Vortrag: „Unsere Reichskonferenz in Görlitz". — **Lichtenrade.** Jugendheim Schule Moonstraße. — **Mariendorf.** Schulbaracke Königstraße. — **Neukölln III.** Jugendheim Rogatstr. 58, Vortrag: „Das Jugendwohlfahrtsgesetz". — **Nordring.** Jugendheim Gemeindeschule Scheerbergstraße. — **Prenzlauer Vorstadt.** Jugendheim Badeanstalt Oderberger Str. 57, Diskussionsabend: „Die letzte Nummer der Arbeiterjugend". — **Reinickendorf-Ost.** Jugendheim Seebad Residenzstraße. — **Rosenthal.** Jugendheim Schule Schillerstraße. — **Schöneberg I.** Jugendheim Rubens-, Ecke Hauptstraße. — **Steglitz I.** Albrechtstr. 46. — **Tegel.** Bahnhofstr. 15. — **Westen.** Jugendheim Baugewerkschule, Kurfürstenstr. 141. — **Wilmersdorf.** Jugendheim Hildegardstraße 4.

Briefkasten der Redaktion.

L. 86. 1. Eine Beschlagnahme ist nur zu gewärtigen, wenn die Wohnräume als übergroß anzusehen sind, was aber in Ihrem Fall nicht anzunehmen ist. 2. Ein Schenkungsvertrag bedarf der gerichtlichen oder notariellen Beurkundung. Nur, wenn die schenkweise versprochene Leistung sofort bewirkt wird, kann von der Errichtung des Vertrages in der gesetzlich vorgeschriebenen Form abgesehen werden. 3. Rein. — **B. K. 2.** 1. und 2. Das Testament ist rechtsunwirksam, da die Anschlußerklärung des andern Ehegatten (daß das Testament auch als sein Testament gelten solle) fehlt. 3. Ja. — **Recht 33.** 1. An das Gericht, das den Bescheid erlassen hat, oder an den Landgerichtspräsidenten. 2. Rein. 3. Lassen Sie es durch einen anderen Rechtskundigen nachprüfen. — **Nützer.** Rein. — **B. 89.** Das Vormundschaftsgericht hat keine gesetzliche Handhabe, um den Vater zur Zahlung zu zwingen, vielmehr müssen Sie gegen ihn im Klagewege vorgehen. Die rückständigen Alimente sind selbstverständlich nachzuzahlen. Durch die Anstrengung der Unterhaltsklage entstehen Ihnen keine Kosten, da dem Kinde das Armenrecht ohne weiteres bewilligt wird. — **M. K. 409.** 1. Nicht der Staatsanwalt, sondern das Gericht fällt die Entscheidung. 2. Sie müssen Strafanzeige erstatten in 3 bzw. 10 Jahren. — **B. 10.** Unter Umständen ist wenden Sie sich an die dortige Gemeindebehörde. — **A. E.** 1. Die Kinder können Sie auch in Ihrer Wohnung besuchen. 2. Falls Verständigung mit der Mutter nicht möglich, muß das Vormundschaftsgericht angerufen werden, welches seinerseits die Besuchszeiten festsetzt. 3. Rein. — **Schmit.** Neukölln. Sie befinden sich im Irrtum. Bevor aber der Hausmieter den Klageweg beschreiten kann, muß er zunächst das Mietreinigungsamt anrufen, welches die Zuschläge festsetzen muß. — **W. H., Neukölln.** Ja, bis zu drei Jahren. — **M. R.** Wegen Raummangels nicht möglich; wenden Sie sich an die Buchhandlung Vorwärts, Berlin, Lindenstr. 3. — **Elke.** Unsere Angaben stützen sich auf einen Bericht des Berichterstatters der Parteipresse in L. Daß der DHV. alles ableugnet und nur ein Militärseitengewehr — wohl das wichtigste Instrument zu einem Kirchgang — zugibt, ist weiter nicht überraschend.

Wetter bis Mittwoch mittag. Etwas wärmer, anfangs vielfach heiter, später wieder trübe, keine erheblichen Niederschläge, zunächst schwache westliche, dann zunehmende südwestliche Winde.

Wirtschaft

Der Unsinn des Goldindex der Unternehmer.

Bekanntlich haben die Unternehmer als Unterlage der wertbeständigen Löhne den Lebenshaltungsindex abgelehnt; sie wollen den Goldindex als Grundlage haben. Der „Wirtschaftsdienst", der vom Hamburgischen Weltwirtschaftsarchiv und vom Institut für Weltwirtschaft und Seeverkehr in Kiel herausgegeben wird, betont demgegenüber in seiner Nummer vom 29. Juni ganz eindeutig, daß eine Goldberechnung der Löhne nicht erwünscht sei, es könne sich nur darum handeln, „die Löhne der Preisbewegung im Innern anzupassen". Das ist auch unsere Meinung.

NAG.

Die Nationale Automobil-Gesellschaft A.-G., die zum Konzern der Allgemeinen Elektrizitäts A.-G. gehört, gibt jetzt 45 Millionen Mark junge Aktien aus. Dabei berichtet sie über Besitz und Geschäftslage:

„Das Fabrikgrundstück der Nationalen Automobil-Gesellschaft Aktiengesellschaft in Berlin-Oberschöneweide, Ostendstr. 1/5, dessen Rückseite an der Spree liegt, hat eine Größe von 68 571 Quadratmeter. Außerdem besitzt die Gesellschaft gegenüber diesem Grundstück an der Waldowstraße ein weiteres 17 397 Quadratmeter großes Grundstück, das zurzeit an das Kabelwerk Oberspree vermietet ist, und ferner in Karlshorst ein Beamtenwohnhaus auf einem Grundstück von 4400 Quadratmeter Flächeninhalt.

Von dem Fabrikgrundstück sind insgesamt 22 866 Quadratmeter massiv bebaut, darunter Fabrik- und Verwaltungsgebäude mit fünf vollen Geschossen und zwei Dachgeschossen mit einer nutzbaren Fläche von zusammen 68 350 Quadratmeter, große Maschinenhalle, Schmiede- und Rahmenbau, Reparaturabteilung, Benzinanlage. Weitere 9490 Quadratmeter werden durch Holzbauten eingenommen, die Reparaturabteilung, Fahrabteilung usw. enthalten.

Die für die Fabrikation gebrauchte elektrische Kraft liefern die Städtischen Elektrizitätswerke. Der Aufnahme, Verteilung und Umformung des hochgespannten Drehstromes dienen eine Hauptstation und sieben Unterstationen, eine Umformeranlage für Gleichstrom nebst Akkumulatorenbatterie für die Notlichtanlage, 21 Transformatoren von je 200—250 KVA. Gesamtleistung. Insgesamt sind etwa 1800 Motoren mit einer Durchschnittsleistung von je 3—15 Pferdestärken im Betriebe, ferner 17 Lasten- und Automobilaufzüge von 1000—6000 Kilogramm Tragkraft, zwei Personenaufzüge von 150—300 Kilogramm Tragkraft, eine Späne-Transportanlage und verschiedene kleinere Laufkräne.

Fabrik- und Verwaltungsräume haben zu Heizungszwecken eine Niederdruck-Warmwasseranlage mit Pumpenbetrieb, zu der 13 Gegenstrom-Gliederkessel mit je 40 Quadratmeter Heizfläche gehören. Die übrigen Werkstätten, die Maschinenhalle, Reparaturwerkstatt usw. haben sieben weitere Niederdruckkessel mit je 40 Quadratmeter Heizfläche.

Außerdem dienen dem Betriebe noch zwei Hochdruckkessel von zusammen etwa 100 Quadratmeter Heizfläche.

Die Gesellschaft gehört der Gemeinschaft Deutscher Automobil-Fabriken G. m. b. H. mit 100 000 M. = ein Drittel des Stammkapitals an, welche Vereinfachung der Fabrikation sowie Erleichterung und Verbilligung des Vertriebes der Waren bezweckt.

Die Zahl der Angestellten und Arbeiter beträgt zurzeit 3850.

Die Umsätze der Gesellschaft betrugen in den Jahren 1920 101 119 929 M., 1921 180 560 000 M., 1922 2 369 713 492 M.

Die Gesellschaft ist mit Aufträgen gut versehen, die, mit allen durch die gegenwärtigen Verhältnisse bedingten Vorbehalten, auch für dieses Jahr ein günstiges Ergebnis erwarten lassen."

In der Bilanz von Ende 1922 stehen Grundstücke mit 2 074 489 Mark und — vierunddreißig Pfennigen — nicht 35! — zu Buche. Die Gebäude sind mit 7,3 Millionen Mark, Maschinen und Apparate, Werkzeuge und Utensilien, Modelle und Inventar mit je einer Mark in die Bilanz eingestellt.

Keine Kartoffelverwertung für Schnaps? Der Verwertungsverband deutscher Spiritusfabrikanten hat sich mit dem dringenden Ersuchen an seine sämtlichen Mitglieder gewandt, ihre verfügbaren Vorräte an Kartoffeln, die noch irgendwie zur menschlichen Nahrung verwertbar sind, zur Ablieferung zu bringen und die Verarbeitung von Kartoffeln in den Brennereien, sofern es noch nicht geschehen ist, sofort einzustellen, da es Ehrenpflicht der Brennereibesitzer sei, die unter der Not der Zeit schwer leidenden Volksgenossen in der Stadt und in den Industriegebieten mit dem unentbehrlichen Nahrungsmittel, den Speisekartoffeln, zu versorgen, soweit es von dieser Seite möglich ist. — Das Ersuchen des Verbandes Deutscher Spiritusfabrikanten ist ein Beweis für die Richtigkeit unserer Behauptung, daß die Kartoffeln heute lieber in die Brennereien wandern, als in die Großstädte, zumal dabei noch die Schlempe für die Schweinemast gewonnen wird. Das Schreiben mit dem „dringenden Ersuchen" ist selbstverständlich zu begrüßen, von seiner Wirkungslosigkeit sind wir nahezu vollkommen überzeugt.

Deutsche Zentral-Bodenkredit-Vereinigung. (Preußische Zentral-Bodenkredit-Aktiengesellschaft, Deutsche Grundkredit-Bank zu Gotha, Rheinisch-Westfälische Bodenkredit-Bank, Braunschweig-Hannoversche Hypothekenbank). Die Zeichnung auf die zur Ausgabe kommenden neuen 10—20 % Kommunal-Schuldverschreibungen hat ein günstiges Ergebnis gehabt und beläuft sich, wie wir hören, auf ca. 4 Milliarden.

Ein gutes amerikanisch-deutsches Geschäft. Die Deutsche Maizena-Gesellschaft A.-G. in Hamburg, welche Zweigniederlassungen in Berlin, Halle a. d. S., Köln a. Rh. und Frankfurt a. M. unterhält, und deren sämtliche Aktien der Corn Products Refining Company in New York gehören, hat ihr Kapital von 50 Mill. Mark auf 500 Mill. Mark erhöht. Die Firma, die in ihren Fabriken in Halle a. d. S., Gräfenhainichen, Steutz und Nierstein Maisprodukte verschiedenster Art herstellt und auch an anderen Unternehmungen gleicher Art beteiligt ist, hat das Alleinrecht zur Einfuhr und Packung von Maizena sowie allen anderen in den amerikanischen Fabriken der Corn Products Refining Company hergestellten Stärkeprodukten. In Barby a. d. E., wo sie die „Transport- und Lagerhausgesellschaft Barby" zwecks Ausnutzung der dort befindlichen modernen Hafen- und Bahnanlagen geschaffen hat, ist die Deutsche Maizena-Gesellschaft A.-G. mit dem Bau der größten kontinentalen Maisstärkefabrik beschäftigt. Der Fabrikbau in Barby ist nächst dem Walchenseewerk gegenwärtig der umfangreichste Neubau in Deutschland. Im Aufsichtsrat der Deutschen Maizena-Gesellschaft A.-G. ist neben den Direktoren der Corn Products Refining Company in New York auch die Dresdner Bank vertreten.

280 Milliarden Umsatz im ersten Vierteljahr 1923, das ist das Ergebnis im eigenen Geschäft des Zentralverbandes Deutscher Konsumvereine. Es sind ihm 3,6 Millionen Mitgliederfamilien angeschlossen.

Devisenkurse. Unserer gestrigen Kurstafel sind noch folgende Notierungen nachzutragen: 1 finnische Mark 4389 Geld, 4411 Brief, 1 brasilianischer Milreis 17 456 Geld, 17 544 Brief, 1 Schweizer Frank 28 079,50 Geld, 28 220,50 Brief, 1 spanischer Peseta 23 042 Geld, 23 158 Brief, 100 österreichische Kronen (abgestempelt) 229,42 Geld, 230,58 Brief, 1 tschechische Krone 4817,50 Geld, 4842,50 Brief, 1 ungarische Krone 18,75 Geld, 18,85 Brief, 1 bulgarische Lewa 1536 Geld, 1544 Brief, 1 jugoslawischer Dinar 1735,50 Geld, 1744,50 Brief.

Arbeiter-Sport

Um die Sportplätze.

Offene Anfrage an den Herrn Oberbürgermeister.

Aus Arbeitersportkreisen werden wir um Veröffentlichung des folgenden ersucht:

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Ihre großen Verdienste um die Stiftung Park, Spiel und Sport und Ihre unaufhörlichen Bemühungen, für Groß-Berlin Sportplätze zu schaffen, werden von der Arbeiterschaft im allgemeinen und von den Arbeitersportlern im besonderen vollauf gewürdigt. Im 9. Bezirk (Wilmersdorf) scheint man bei der Verwirklichung Ihrer idealen Ziele etwas auf die schiefe Ebene geraten zu sein. Das Bezirksjugendamt verschickte vor etwa vier Wochen an alle Sportorganisationen im Bezirk ein Rundschreiben, in dem die Mitglieder der Sportvereine zur **Mitarbeit an der Fertigstellung** des im Bau befindlichen Spielplatzes im Grunewald (Nähe Hohenzollerndamm) aufgefordert wurden. In Frage kommen Erdbewegungen. Das ist vielleicht an und für sich kein unbilliges Verlangen und schon hier und da geschehen, die Arbeitersportler im Bezirk Wilmersdorf glauben aber diese Mitarbeit mit Rücksicht auf die vielen Arbeitslosen im Bezirk ablehnen zu müssen. In einer Zeit, in der sich die Parlamente den Kopf zerbrechen, wie Arbeitsgelegenheit geschafft werden kann, um den Aermsten Brot zu geben, können wir Arbeitersportler unseren Brüdern, die auf der Straße liegen, nicht durch Ueberstunden und Sonntagsarbeit das bißchen Arbeitsgelegenheit nehmen. Wir wissen besser, was es heißt, arbeitslos zu sein als die Herren am grünen Tisch! Wir glauben, Sie, Herr Oberbürgermeister, in diesem Sinne auf unserer Seite zu haben, anders die bürgerlichen Sportler im 9. Bezirk. Wie Anno dazumal benutzten die Bürgerlichen diesen Fall zu einem Vorstoß gegen die Arbeitersportler und wollten diesen die Mitbenutzung des Spielplatzes absprechen, wenn sie nicht „mitschippen"! Diese Anmaßung wurde vom Arbeitersportkartell entschieden zurückgewiesen, weil gerade die bürgerlichen Sportler, die Jahrzehnte mit den kapitalkräftigsten Hintermännern am Ort existieren, noch nie an Spielplatzbeschaffung dachten, sondern warteten, bis die fetten Happen von oben kamen, während die Arbeitersportler unter den größten Opfern seit Jahren ihre Spielplätze unterhalten und dem Magistrat für die Schulen und die Jugend gern zur Verfügung stellt haben, weil Wilmersdorf keine Spielplätze hatte. Einige bürgerliche Vereine, die wert wären genannt zu werden, weil sie immer mit ihren freiorganisierten Mitgliedern prahlen, haben also einige Dutzend Mitglieder gemeldet, die abends von 6 bis 9 Uhr oder Sonntags schippen. Als Anerkennung gibt es nach 40 geleisteten Arbeitsstunden eine eiserne, nach 75 Arbeitsstunden eine silberne und nach 100 Arbeitsstunden eine goldene Auszeichnung! Welcher Arbeitslose wird sich da noch auf dem Nachweis herumdrücken, wollte Gott, der Sand würde nie alle, schon wegen der Auszeichnungen, ohne die es bei bürgerlichen Sportlern nicht geht. Trotz alledem scheint man dem Frieden nicht zu trauen. Man hat auch die **Schulen zur Mitarbeit** aufgefordert. Erfolg glänzend! Die Begeisterung der Kinder, sich Spielplätze zu schaffen, ist anzuerkennen. Die Schulleitungen sind bereit, vormittags und nachmittags eine Kolonne von je 30 Mann (Mann heißt Schüler älterer Jahrgänge, nicht etwa Lehrer oder Studienräte) zu stellen. (Arme Arbeitslose, die ihr dem Vaterland zu teuer seid, im Kriege bekam man euch für eine Fünfpfennigkarte.) Um Unfälle zu vermeiden, wird den Schülern und Sportlern technisches Personal (Oberschipper, Lowrybremser usw.) zur Verfügung gestellt. Die Schüler erhalten nachher ein Bild des Sportplatzes als Prämie. Welche Gewerbeinspektion gestattet der Stadt im Kipplowrybetrieb Kinder zu beschäftigen? Wie ist es mit dem Schulunterricht? Welche Fragen tauchen da noch auf?

Nun haben Sie das Wort, Herr Oberbürgermeister, ob Sie sich mit diesen Auswüchsen Ihrer hochzuschätzenden Stiftung identifizieren oder ob es nicht angebrachter ist, Spielplätze als **Notstandsarbeiten** fertigstellen zu lassen, wenn sie auch ein paar Millionen mehr verschlingen, die vielleicht an Auszeichnungen und Ueberstunden und Sonntagszuschlägen gespart werden?! M.

Regatta des Freien Ruderbundes.

Gestern fand auf dem **Langen See** bei Grünau bei günstigstem Ruderwetter die 11. Bundesregatta des Freien Ruderbundes Berlin statt. Teilnehmende Vereine waren: Freie Ruder-Vereinigung Breslau, E. V.; Ruderverein „Vorwärts" E. V., Berlin; Berliner Ruderverein „Freiheit", E. V.; Ruderverein „Collegia", Charlottenburg; Freie Ruderer-Vereinigung 1913, Berlin; Vereinigung der Ruderfreunde, Berlin-Oberschöneweide; Pichelsberger Rudergesellschaft, E. V., Berlin; Ruderriege „Fichte", Berlin. Im ganzen wurden **12 Rennen** gefahren und dabei guter Sport gezeigt. Wochenlanges hartes Training war erforderlich. Alle Mannschaften hatten sich freiwillig einer strengen Selbstdisziplin unterworfen. Die Leistungen sind deshalb besonders hoch zu werten, als es sich durchweg um Arbeiter und Angestellte handelt, die nach der Tagesarbeit erst Zeit finden, sich für die Regatta vorzubereiten. Tausende von Zuschauern hatten sich eingefunden. Die großen Tribünen waren überfüllt. In der Mitte des Sees hatten Ruder- und Segelboote festgemacht und reichen Flaggenschmuck angelegt. Obgleich die 2000 Meter lange Strecke mit großen Bojen kenntlich gemacht war, konnten es sich die bürgerlichen Segler nicht verkneifen, immer und immer wieder die Bahn zu kreuzen. Nachstehend die Resultate:

Im „Vierer für Anfänger" siegte überlegen „Vorwärts" (Emil Drößler, Walter Rust, Bruno Lehmann, Ernst Rißner, St.: Fritz Zack) 8 Min. 25 Sek. vor „Freiheit" 9 Min. 40 Sek. Ein schweres Rennen ist der „Doppelzweier ohne Steuermann". Hier holten sich die „Ruderfreunde" (Fritz Meier, Richard Mikat) den Sieg in 9 Min. 42⅗ Sek. vor „Collegia" 9 Min. 56 Sek. Einen äußerst harten Kampf gab es im „Vierer für Junioren". Mit einer Nasenlänge siegte schließlich „Freiheit" (Walter Schröder, Helmut Kreuz, Erich Rohnke, Ernst Krause, St.: Julius Bohnefeld) in 9 Min. vor „Ruderer-Vereinigung 1913", die in 3 Sek. folgten. Das 4. Rennen „Doppelvierer für Junioren" gewann „Collegia" (Walter Nawrot, Otto Riendorf, Hans Gorn, Georg Wolf, St.: Walter Eymann) in 8 Min. 52 Sek., 2. wurde „Freiheit" in 8 Min., 45 Sek. „Vorwärts", der als Erster durchs Ziel ging, erlebte eine bittere Enttäuschung. Wegen unfairen Sturmes wurde die Mannschaft disqualifiziert. Das größte Interesse nahm der „Erste Vierer" in Anspruch, da sich in diesem Rennen die besten Mannschaften gegenüberstanden. „Vorwärts" (Albert Schramm, Ernst Hohlfeldt, Erwin Richter, Erich Scharfschwerdt, St.: Zenk) siegte mit Längen in 8 Min. 50 Sek. vor „Freiheit" 9 Min. 28 Sek. „Collegia" hatte aufgegeben. Den „Doppelzweier für Ruderer über 35 Jahre" konnten sich die „Ruderfreunde" (Fritz Fischer, Paul Riemer, St.: Artur Mikat) in 10 Min. 29⅘ Sek. vor „Ruderer-Vereinigung" holen. Im „Achter für Junioren" setzte sich „Freiheit" (Paul Keller, Fritz Conrad, Walter Luckardt, Ernst Geffenleichter, Walter Schröder, Helmut Kreus, Erich Rohnke, Ernst Krause, St.: Bohnefeld) in 8 Min. 21 Sek. überlegen, gegen „Vorwärts" (8 Min. 30⅘ eSk.) und „Collegia", wobei man allerdings in Betracht ziehen muß, daß diese in bedeutend schwereren und älteren Booten fahren mußten. Das Paddelrennen, über 1000 Meter, das nunmehr folgte, sah die „Ruderfreunde" (Erich Dreßler, Fritz Löwenhein) in 6 Min. 26 Sek. als Sieger. Zweiter wurde „Fichte" in 6 Min. 38 Sek. Im „Leichten Vierer" gab es einen harten Endkampf zwischen „Vorwärts" und „Freiheit", den „Vorwärts" (Ernst Ludwig, Franz Schönthal, Willy Seifert, Felix Meißner, St.: Walter Kühn) in 9 Min. 16⅗ Sek., dicht gefolgt von „Freiheit" in 9 Min. 18 Sek. gewann. Den „Doppelvierer für Senioren" gewannen wiederum die „Ruderfreunde" (Richard Mikat, Paul Pinner, Alfred Krüger, Fritz Meier, St.: Richard Müller) in 8 Min. 50 Sek. Zweiter wurde „Collegia" in 8 Min. 55 eSk. Im Einer übernahm von Anfang an Fritz Bettin vom „Vorwärts" die Führung und siegte überlegen in 11 Min. 36⅘ Sek. Zweiter „Rudergesellschaft" in 11 Min. 58 Sek. „Fichte" hatte sich versteuert und blieb weit zurück. Den Schluß bildete das „Achterrennen für Senioren", das wiederum von „Vorwärts" in überlegener Manier in 8 Min. 14⅘ Sek. von der Mannschaft Hans Gaster, Franz Schönthal, Franz Peise, Albert Schramm, Artur Zuppe, Ernst Hohlfeldt, Erwin Richter, Erich Scharfschwerdt, St.: A. Münchenhagen vor „Freiheit" 8 Min. 43 Sek. gewonnen wurde. Von den 12 Rennen gewann „Vorwärts" 5, „Ruderfreunde" 4, „Freiheit" 2 und „Collegia" 1.

Schwimmveranstaltungen.

Gelegentlich der Sportwerbewoche des Arbeiter-Sportkartells Lichtenbergs veranstalteten auch der Lichtenberger Schwimmverein Neptun 1894, Schwimmverein Vorwärts, Abteilung Lichtenberg, und Berliner Schwimmverein Welle, Abt. Lichtenberg, in der Badeanstalt Rummelsburger Seebad ihr Werbeschwimmen. Trotz der schlechten Witterungsverhältnisse war es dem Verein gelungen, den zahlreich erschienenen Publikum 8 Konkurrenzen vor Augen zu führen. Leider beeinträchtigte die Kälte die Veranstaltung, so daß man den proletarischen volkstümlichen Schwimmsport, wie Reigen, Springen, Rettungsschwimmen usw., den Zuschauern nicht zeigen konnte. Das größte Ereignis war die 4 × 50-Meter-Jugendlagenstafette. Von Anfang bis Ende kämpften die drei Vereine um die Spitze. Während Welle als Erster das Ziel erreichte, lagen Vorwärts und Neptun in ein totes Rennen ⅕ Sekunde zurück. Fräulein Resehorn vom LSV. Neptun belegte im Damen-beliebig-Schwimmen den ersten Platz, während Bannascheck von Vorwärts den Sieg beim Männerschwimmen an sich riß.

Resultate: Mädchenschwimmen, 50 Meter: 1. Ruth Genger (Neptun) 1,1⅘, 2. Tenfert (Vorwärts) 1,7⅘, 3. Schieche (Neptun) 1,10⅘. — Jugendschwimmen, 50 Meter: 1. Gräbert (Vorwärts) 43⅘, 2. Haase (Welle) 43⅘. — Damenjugendschwimmen, 50 Meter: 1. Maldenke (Vorwärts) 49 Sek., 2. Schmidt (Welle) 54⅘ Sek., 3. Mummert (Welle) 58 Sek. — Männerschwimmen, 50 Meter: 1. Bannascheck (Vorwärts) 44, 2. Schierig (Vorwärts) 44⅘. — Jugendlagenstafette, 4×50 Meter: 1. Welle 3 Min. 8⅘ Sek., 2. Vorwärts 3 Min. 8⅘ Sek., 3. Neptun 3 Min. 8⅘ Sek. — Knabenschwimmen, 50 Meter: 1. Korzellack (Vorwärts) 55⅘, 2. Teubert (Vorwärts) 58⅘. — Damenschwimmen, 50 Meter: 1. Käte Resehorn (Neptun) 1,10⅘, 2. Frau Walter (Vorwärts) 1,17⅘, 3. Martha Herschen (Neptun) 1,21⅘. — Wasserballspiel, 2mal 7 Mann, 2mal 7 Minuten: Welle I—Welle II 3:2 für Welle, 1. Mannschaft.

*

Die **Freien Schwimmer Frankfurt a. d. O.** veranstalteten vor kurzem ein Propagandaschwimmfest. Aus Berlin, Landsberg a. d. W., Sommerfeld, Kottbus und Eberswalde waren die Brudervereine vertreten. Am Vormittag fand auf der Oder ein 100-Meter-Schwimmen statt. Die große Oderbrücke war von Zuschauern dicht besetzt. Nachmittags zogen die Schwimmer in geschlossenem Zuge durch die Stadt zum Badeplatz. Herrlicher Sonnenschein begünstigte die spannenden Wettkämpfe. Zu den Rettungsvorführungen gab ein Neuköllner Schwimmgenosse in wenigen Worten praktische Fingerzeige; ertrinken doch jährlich noch immer ca. 8000 des Schwimmens unkundige Personen. Zwei gut durchgeführte Wasserballspiele beendeten das schöne Fest.

Ergebnisse. Bruststaffel für Männer, 4mal eine Bahnlänge: 1. Neukölln 2,50, 2. B. S. Union 3,3. — Damenschwimmen, beliebig, 2mal eine Bahnlänge: 1. Rohrdorff (Neukölln) 1,59⅘, 2. Steckhardt (Eberswalde) 2,01. — Bruststaffel für männliche Jugend, 4mal eine Bahnlänge: 1. Neukölln 2,37, 2. B. S. Union 3,18. — Schülerbrustschwimmen, männlich, 2 Bahnlängen: 1. Detwig (B. S. Union) 2,1⅘; weiblich: 1. Griesche (Frankfurt) 2,10. — Bruststaffel für weibliche Jugend, 2mal eine Bahnlänge: 1. Neukölln I 2,35, 2. Neukölln II 2,43⅘. — Springen, 3 Sprünge: 1. Frl. Masuhr (Neukölln) 18⅘ Punkte, 2. Gallwitz (B. S. Union) 17⅘ Punkte, 3. Blau (Neukölln) 16⅘ Punkte. — Männerlagenstaffel, 4mal eine Bahnlänge: 1. Neukölln 3,38, 2. Vorwärts (Berlin) 2,40. — Männerseiteschwimmen, 2 Bahnlängen: 1. Jahr (Vorwärts) 1,35, 2. Hinze (Union) 1,35. — Lagenstaffel, 4mal eine Bahnlänge: 1. B. S. Union 2,56, 2. Neukölln, Damenjugend, 3,10. — 1000-Meter-Schwimmen (mit Strömung): b) Männer: Dahle (Neukölln) und Hinze (Union), totes Rennen, 5,30⅘, 2. Enoch 5,40⅘; b) männliche Jugend: 1. Palmowski (Union) 5,40⅘, 2. Mietschke (Union) 5,48⅘; c) weibliche Jugend: 1. Adams (Neukölln) 5,56.

Turn- und Sportfest in Schöneberg.

Der 4. Bezirk des Arbeiter-Turn- und Sportbundes veranstaltet am nächsten Sonntag ein großes Turn- und Sportfest auf dem Dominikus-Sportplatz in Schöneberg. Vormittags findet bereits der Zehn- und Fünfkampf statt. Mittags 12½ Uhr treffen sich alle Sportler am Bahnhof Schöneberg zum Festzug nach dem Sportplatz. Die Arbeiterschaft Schönebergs wird gebeten, sich diesem Festzug anzuschließen und gemeinsam mit den Sportlern zum Festplatz zu marschieren. Das sportliche Programm umfaßt alle Gebiete der Leichtathletik, ferner Sondervorführungen der Turner, Turnerinnen und Jugendlichen. Der Eintritt beträgt für Jugendliche 200 M., für Erwachsene 500 M., an der Kasse 1000 M. Die Veranstaltung wird allen Sportfreunden interessante und abwechslungsreiche Darbietungen zeigen.

Handball.

Fichte-Ost, Sport-Abteilung. Die letzten Spiele mußten leider wegen dauernden Regenwetters ausfallen. Das Training findet jetzt ab 4. Juli Mittwochs 6 Uhr auf der Spielwiese am Friedrichshain, Freitags ab 6 Uhr im Lichtenberger Stadion statt. Die Mitglieder werden ersucht, die Uebungsabende zahlreicher zu besuchen. Die Aufnahme neuer Mitglieder findet an diesen Tagen statt. **Termine:** Die 1. Männermannschaft spielt am 8. Juli gegen Fichte 25 auf dem Platz Reinickendorf, Scharnweberstraße. Beginn ½7 Uhr. Der Platz ist zu erreichen mit der Straßenbahn 22, 25 und 128, ferner mit der Eisenbahn bis Eichbornstraße. — Am 13. Juli Spiel gegen Freie Turnerschaft Neukölln-Britz im Lichtenberger Stadion. Beginn ½7 Uhr. — Am 15. Juli findet das wegen Regenwetter ausgefallene Spiel um die Bezirksmeisterschaft statt. Gespielt wird auf dem Platz an der Schönhauser Allee. Beginn ½7 Uhr. — Am 22. Juli nehmen wir an dem Sportfest des TV. „Eiche-Tegel" teil, daselbst Handballspiel. — Die in Frage kommenden Genossen werden ersucht, sich die Tage unbedingt frei zu halten. Zuschriften für Handball sind zu richten an den Spielleiter Walter Eicke, Berlin SO. 26, Admiralstr. 135.

Der schwerathletische Propagandaabend, den die **Sportliche Vereinigung Nord-Ost** am vergangenen Freitag in ihrer Sporthalle Christburger Str. 7 veranstaltete, erfreute sich eines zahlreichen Besuches. Der Jiu-Jitsu-Kampf zwischen Salkowsky (Nord-Ost) und Bayer (Deutsche Eiche) fand mit seinen zahlreichen spannenden Momenten bei den Zuschauern großes Interesse. Salkowsky hat sich zu einem Jiu-Jitsu-Kämpfer entwickelt und konnte seinen routinierten Gegner mehrmals in gefährliche Situationen bringen. Ein Resultat war jedoch in zwei Runden nicht zu erzielen. Im Mannschaftsringen Lurich—Nord-Ost siegte Lurich mit 5:1 Punkten. Bei weiterem eifrigen Training dürfte die Mannschaft Nord-Ost, in der zweifellos gute Ringer stecken, befähigt sein, ein besseres Resultat zu erzielen. Die Ergebnisse des Mannschaftshebens sind folgende: 1. Nord-Ost 2400 Pfd., 2. Lurich 2275 Pfd., 3. Jung-Birke 1885 Pfd.

Sonnenwendfeier der Neuköllner Turner. Erstmalig am Sonnabend veranstaltete die **Freie Turnerschaft Neukölln-Britz** auf ihrem Platz am Dammweg unter starker Beteiligung eine Sonnenwendfeier. Eingeleitet wurde sie durch Darbietungen des Mandolinenchors, unterstützt vom Frauen- und Männerchor Neukölln. Die rhythmischen Uebungen der Turnerinnen erzielten besondere Wirkung durch die vom gleichzeitigen Fackelschwingen hervorgerufene Beleuchtung. Beim Auflohen des Sonnenwendfeuers ging die Feier zu Ende.

Arbeitersportkartell, 6. Bezirk. Der Sportwerbeabend am 5. Juli kann wegen technischen Schwierigkeiten nicht stattfinden und wird bis auf weiteres vertagt. Nächste Kartellsitzung am 6. August im Jugendheim Alte Jakobstraße 158, pünktlich ½8 Uhr.

Arbeiter-Sportkartell Falkensee. Um ein besseres Zusammenarbeiten der Sportorganisationen von Falkensee und Umgegend zu ermöglichen und die der Arbeitersportbewegung noch Fernstehenden zu interessieren, ist von den in Frage kommenden Organisationen die Gründung des Arbeitersportkartells Falkensee erfolgt. Als Vorsitzender wurde Sportgenosse Richard Homker, Falkensee, Seepromenade 32, und zum Kassierer Sportgenosse Reinhold Zimmermann, Neu-Seegefeld, Dallgower Straße, gewählt. Nächste Sitzung des Kartells, zu der alle Vorstände und Delegierten der angeschlossenen Vereine eingeladen sind, am Mittwoch, den 4. Juli, abends 8½ Uhr, im Restaurant zum Deutschen Haus (Paul Müller) in Falkensee.

Sportklub „Jung-Birke" (Pkw. 99, Mitglied des Arb.-Athl.-Bundes). Am 5. Juli wird im Sportlokal von Koch, Pankow, Mühlenstr. 38, ein Ringerkursus eröffnet. In der Männerabteilung Donnerstags von 8 bis 10 Uhr, Sonntags vormittag von 10 bis 12 Uhr. In der Jugendabteilung Mittwochs von 8 bis 10 Uhr. Anmeldungen werden in den Uebungsstunden entgegengenommen. Gäste willkommen.

Der Arbeiter-Athleten-Bund, 4. Kreis, veranstaltet am Freitag, den 6. Juli, abends ½8 Uhr, im Moabiter Gesellschaftshaus einen Städtekampf im Boxen zwischen Selesia-Stettin 1887 und Städtemannschaft Berlin. Neun erstklassige Kämpfe vom Papier bis Schwergewicht. Beim ersten Kampf in Stettin konnte Berlin mit 10 zu 8 Punkten den Sieg mit nach Hause nehmen.

Athletik-Sport-Club, e. V. Leichtathletik — Hockey — Rudern. Männer-, Frauen-, Jugend-Abteilung. Dienstag, den 3. und Donnerstag, den 5. Juli, Training auf dem Fichteplatz, Baumschulenweg, Eichbuschallee. Dienstag: anschließend Hockey-Sitzung. Freitag, den 6. Juli, Vierteljahresversammlung bei Linsener, Mühlenstr. 38. Beginn 8 Uhr. Vertreter der Hockeyabteilung: Walter Preck, Baumschulenweg, Baumschulenstr. 84—85. Geschäftsstelle: Alfred Behrendt, Berlin NW. 87, Zingendorfstr. 7.

Sportverein Moabit. Leichtathletik — Jockey — Fußball. Männer-, Frauen-, Jugend-, Schüler-Abteilung. Training jeden Dienstag von 5 Uhr, Donnerstag von 6 Uhr an auf dem Sportplatz Tiergarten am Bahnhof Zoo. Montag, den 9. Juli, 7 Uhr, Vorstandssitzung. Freitag, den 13. Juli, ½8 Uhr, Vierteljahresversammlung bei Pils, Rostocker Str. 27. Vertreter der Hockeyabteilung Willi Denig, NW. 87, Sickingenstr. 51. Geschäftsstelle: Erich Richter, NW. 21, Wielefstr. 20.

Schwimmer! Am Freitag, den 6. Juli, abends 8 Uhr, findet im Lokal von Abendroth, Köpenicker Straße 137, eine Technikersitzung statt. Tagesordnung: Bundesfest. Es ist Pflicht aller technischen Leiter der Vereine, zu erscheinen.

Neuordnung der Strafgerichte.

Von Dr. Siegfried Weinberg.

Mit das trübste Kapitel unserer gesamten Staatsverwaltung ist die Rechtspflege. Daß auch die Rechtspflege und die Rechtswissenschaft nichts ist als ein Ueberbau der jeweiligen Produktionsverhältnisse, und daß deshalb im Klassenstaat auch Klassenjustiz herrscht, ist für uns Marxisten eine derartige Selbstverständlichkeit, daß wir fast verlernt haben, uns darüber noch zu entrüsten. Was aber ein Novum in der Geschichte aller Länder und Zeiten sein dürfte, ist die Tatsache, daß in einem Staatswesen Recht gesprochen wird von einem Richtertum, das in seiner überwiegenden Mehrzahl den Verfassungsgrundlagen des Staats innerlich und zum Teil auch äußerlich ablehnend gegenübersteht, wie dies in der deutschen Republik der Fall ist. Als Frankreich 1871 Republik wurde, war es eine der ersten Maßnahmen, die Unabsetzbarkeit der Richter auf einige Jahre zu suspendieren, um hierdurch die Möglichkeit zu schaffen, die monarchistischen Richter durch zuverlässige Republikaner zu ersetzen. Die deutsche Revolution war leider so unglaublich gutmütig, daß sie auf eine derartige, eigentlich selbstverständliche Maßnahme zum Schutze der republikanischen Staatsform Verzicht leistete. Die Folgen dieser übertriebenen Duldsamkeit machen sich tagtäglich in unseren Gerichtssälen bemerkbar.

Die Mangelhaftigkeit unserer Justiz zeigt sich auf allen Gebieten der Rechtspflege. Auf dem Gebiete der Zivilrechtspflege mehren sich von Tag zu Tag die Gerichtserkenntnisse, die organisierten Arbeitern und ihren Organisationen Schadenersatzpflichten gegenüber Arbeitgebern und Streikbrechern auferlegen, wobei das höchste deutsche Gericht, das Reichsgericht, führend vorangegangen ist. Von den vielen Zivilprozessen, die zwischen den deutschen Staaten und ihren „angestammelten" Landesvätern bei unseren Gerichten schweben, sind meines Wissens alle, die bisher zur Entscheidung kamen, zugunsten des monarchischen Portemonnaies entschieden worden. Die Verwaltungsjustiz ist gleichfalls durchaus reaktionär, wie das nur aus politischen Gründen erklärbare Urteil des Oberverwaltungsgerichts, durch welches die ersten Groß-Berliner Stadtverordnetenwahlen, die eine rote Mehrheit brachten, für ungültig erklärt wurden, drastisch veranschaulicht. Die allerschlimmsten Uebel haften jedoch unserer **Strafrechtspflege** an. Ich brauche nur an die unzähligen Landfriedensbruchprozesse zu erinnern, in denen Arbeiter zu schwersten Freiheitsstrafen verurteilt sind, weil sie monarchistische Fahnen und Abzeichen nicht mit dem von unseren Richtern für angezeigt erachteten Respekt behandelt haben, während monarchistische Rowdys, die sich in viel schlimmerer Weise an republikanischen Abzeichen vergangen haben, gar nicht oder nur mit lächerlichen Geldstrafen bestraft sind. Ist es doch in der deutschen Republik gefahrloser, einen republikanischen Minister niederzuknallen als irgendein totes Kaiserdenkmal zu beschmutzen, wofür bekanntlich drei Bonner Arbeiter zu einer Gefängnisstrafe von zusammen 6 Jahren verurteilt sind. Die Schuld an derartigen Zuständen liegt weniger an unseren Strafgesetzen, die sicherlich in vielen Beziehungen abänderungsbedürftig sind, als an der **Auswahl unserer Richter** und der **Zusammensetzung unserer Gerichte**. Noch immer ist eine stramm monarchistische Gesinnung die beste Empfehlung für eine Beförderung. Die wenigen zuverlässigen republikanischen Richter werden in jeder Weise zurückgesetzt und von maßgebendem Einfluß auf die Strafrechtspflege ausgeschaltet. Erst vor einigen Wochen ist der einzige sozialistische Schöffenrichter in Moabit aus durchaus nichtigen Gründen von seinem Posten entfernt und in die Hinterlegungsabteilung versetzt worden, wo er bei bestem Willen unsere Justiz weder republikanisch noch sozialistisch verseuchen kann.

Eine **Neuordnung unserer gesamten Strafgerichtsverfassung** ist deshalb eine der wichtigsten Aufgaben unseres staatlichen Lebens. Es ist daher an sich durchaus zu begrüßen, daß die Reichsregierung vor einigen Tagen dem Reichstag den Entwurf eines Gesetzes zur Neuordnung der Strafgerichte vorgelegt hat. Leider fordert der Inhalt dieses Gesetzentwurfs jedoch zu allerschärfstem Proteste heraus.

Unsere Grundforderung für die Neugestaltung der Strafrechtspflege ist die **entscheidende Mitwirkung von Richtern, die aus dem Volke** heraus gewählt werden. Eine derartige entscheidende Mitwirkung ist heutzutage nur unter dem System der **Schwurgerichte** gewährleistet und nicht unter dem als Ersatz für dieselben angepriesenen System der **Schöffengerichte**. Der entscheidende Unterschied besteht bekanntlich darin, daß bei den Schwurgerichten die Geschworenen allein entscheiden, während bei den Schöffengerichten die Entscheidung von einem aus Schöffen und Berufsrichtern zusammengesetzten Gerichtshof gefällt wird. Rein theoretisch betrachtet könnte es scheinen, als ob dieser Unterschied nicht so groß sei, wenn die Zahl der Schöffen eine so überwiegende ist, daß sie die Berufsrichter überstimmen können. In der Praxis aber erweist sich dieser Unterschied als ein fundamentaler. Die juristisch ungeschulten Laienrichter stehen in der Regel dem mit dem ganzen Rüstzeug der formalen Jurisprudenz ausgestatteten Berufsrichter so gut wie wehrlos gegenüber. Daß die Zuziehung von Schöffen aus diesem Grunde oft nur dekorative Bedeutung hat, ist die allgemeine Ueberzeugung der Mehrzahl der Strafrechtspraktiker. Jeder beschäftigte Verteidiger weiß in der Regel, wenn er die Person des Schöffengerichtsvorsitzenden kennt, ob sein Mandant eine schwere oder eine leichte Bestrafung zu erwarten hat, auch wenn ihm die Personen der Schöffen völlig unbekannt sind. Es genügt ihm zu wissen, daß der sozial und human denkende Amtsrichter Müller vorsitzt, um seinem Mandanten eine milde Bestrafung zu prophezeien, während er demselben Mandanten, wenn der drakonische Amtsrichter Schulze vorsitzt, eine harte Bestrafung in Aussicht stellen muß. Auch der Vertreter der Anklage legt seinen Strafanträgen in der Regel nur die Auffassungsweise des vorsitzenden Berufsrichters zugrunde. Nur in seltenen Ausnahmefällen machen die beisitzenden Laienrichter einen Strich durch diese Rechnung.

Wir haben sicherlich in vielen Fällen **auch an den Urteilen der Schwurgerichte Kritik** üben müssen. Es sei nur an das berüchtigte Schwurgerichtsurteil gegen die Attentäter auf Maximilian Harden erinnert. Der Grund für diese Fehlsprüche liegt jedoch nicht in der Institution der Schwurgerichte, sondern in der **einseitigen Zusammensetzung** der Bank der Geschworenen, die noch heute in der überwiegenden Mehrzahl aus den Kreisen der Kapitalisten und Reaktionäre entnommen werden. Wir müssen uns deshalb hüten, aus der begreiflichen Mißstimmung

über einzelne Schwurgerichtsurteile heraus das Kind mit dem Bade auszuschütten und auf die Institution der Schwurgerichte zu verzichten, statt sie zu einem wirklichen Ausdruck des Volkswillens und der Volksüberzeugung umzugestalten.

Die Geschworenengerichte gelten seit Generationen — und zwar nicht nur in Deutschland — als Pioniere der Demokratie und der Volksfreiheit. Unsere Großväter haben sie 1848 auf den Barrikaden erkämpft, unsere Väter haben bei Schaffung der geltenden Strafprozeßordnung den Angriff der Regierung auf das der Reaktion verhaßte Institut der Schwurgerichte siegreich abgeschlagen, wobei so maßvolle bürgerliche Politiker und Juristen wie Gneist und Mittermaier die Führung hatten. Jetzt wird dem deutschen Volke durch den vorliegenden Gesetzentwurf zugemutet, auf die Schwurgerichte in Zukunft zu verzichten um sie durch große Schöffengerichte zu ersetzen. Als eine auf die Denkfaulheit des Volkes spekulierende Unehrlichkeit muß es bezeichnet werden, wenn die Gesetzesvorlage für diese große Schöffengerichte den Namen „Schwurgericht" beibehält, trotzdem dieselben mit einem wirklichen Schwurgericht nicht das mindeste zu tun haben, sondern echte Schöffengerichte sind, die in einer Besetzung mit 3 Berufsrichtern und 6 Laienrichtern entscheiden sollen.

Die gegenwärtige Organisation unserer Strafgerichte ist eine unerträgliche Musterkarte von Systemlosigkeiten. In kleineren Strafsachen entscheiden bekanntlich die aus zwei Laienrichtern und einem Berufsrichter als Vorsitzendem zusammengesetzten Schöffengerichte über Schuld und Strafe. In schwereren Strafsachen entscheiden die nur aus Berufsrichtern zusammengesetzten Strafkammern. Die schweren Verbrechen kommen vor die Schwurgerichte, wo die Laienrichter ohne Zuziehung von Berufsrichtern über die Schuld des Angeklagten entscheiden, während die Strafe von den Berufsrichtern ohne Mitwirkung der Geschworenen festgesetzt wird. Bei den allerschwersten Verbrechen entscheiden wiederum ausschließlich die Berufsrichter des Reichsgerichts ohne Teilnahme von Laienrichtern. Ein tolleres Durcheinander ist kaum denkbar. Ich halte an Stelle dieses Tohuwabohu die Einrichtung von kleinen, mittleren und großen Schwurgerichten für geboten, bei denen die vom Volke in unparteiischer Auswahl bestimmten Volksrichter über Schuld und Strafe selbständig entscheiden, während dem Berufsrichter nur die technische Durchführung der Hauptverhandlung anzuvertrauen wäre. Die kleinen Schwurgerichte müßten für die leichteren, die mittleren für die schwereren Straftaten zuständig sein. Gegen die Entscheidungen der kleinen Schwurgerichte müßte die Berufung an die mittleren, und gegen die erstinstanzlichen Urteile der mittleren Schwurgerichte die Berufung an die großen Schwurgerichte zulässig sein, doch in beiden Fällen nur zugunsten des Angeklagten.

Statt dessen schlägt die Regierung ein System von kleinen, mittleren und großen Schöffengerichten vor, deren Zusammensetzung teilweise eine derartige ist, daß die Berufsrichter die zahlenmäßige Majorität gegenüber den Laienrichtern haben. In Wirklichkeit wird jedoch die Entscheidung der Mehrzahl der Anklagen nach dem Gesetzentwurf in erster Instanz durch einen Berufsrichter ohne Zuziehung von Laienrichtern erfolgen. Nicht nur, daß alle Uebertretungen und Privatklagen von dem Amtsrichter als Einzelrichter abgeurteilt werden, sondern es soll der Amtsrichter auch bei allen Vergehen und sogar bei einzelnen Verbrechen ohne Zuziehung von Schöffen entscheiden, wenn der Staatsanwalt es beantragt. Dieser „soll" freilich den Antrag nur stellen, wenn keine schwerere Strafe als Gefängnis bis zu einem Jahre „zu erwarten" ist, und der Amtsrichter „kann" Schöffen hinzuziehen, wenn er eine schwerere Strafe erkennen will. Tatsächlich ist es dem Amtsrichter jedoch unbenommen, auf Gefängnis bis zu 5 Jahren zu erkennen, ohne Schöffen hinzuzuziehen. Abgesehen von allen anderen Gründen wird schon die fiskalische Sparsamkeit dafür sorgen, daß von dieser Befugnis der weitestgehende Gebrauch gemacht wird. Der Entwurf statuiert also eine Allmacht des Amtsrichters, wie sie sogar der gegenwärtigen gesetzlichen Regelung unbekannt ist.

Auch sonst bietet der Gesetzentwurf neben einzelnen Verbesserungen, von denen die wichtigsten die Abschaffung der nur aus Berufsrichtern zusammengesetzten Strafkammern und die Erweiterung der Berufungsmöglichkeit sind, eine große Anzahl von Angriffspunkten. Hervorgehoben sei nur, daß er gegen die erstinstanzlichen Urteile der an die Stelle der Schwurgerichte tretenden großen Schöffengerichte dem Angeklagten nicht einmal die Berufung gewährt und so die alte demokratische Forderung nach einer Berufungsmöglichkeit sämtlicher Urteile gerade in den wichtigsten Fällen unberücksichtigt läßt. Es wäre zu weitgehend, auf alle sonstigen Mängel des Entwurfs an dieser Stelle hinzuweisen, da schon die aufgeführten genügen dürften, um zu zeigen, daß die Regierungsvorlage für uns unannehmbar ist. Vor allem muß — im Einklang mit der Stellungnahme unserer Vertreter im Reichstagsausschuß — unsere Parole sein: Hände weg von den Schwurgerichten!

Allgemeine Versammlung
sämtlicher Funktionäre der VSPD.

Mittwoch, den 4. Juli 1923, abends 7 Uhr, im „Deutschen Hof", Luckauer Straße 14/15.

Tagesordnung:

Der Berliner Etatskrach. Die Folgen für die Bevölkerung. Die Haltung der Parteien.

Referent: **Stadtverordn. Dr. Richard Lohmann**

Mitgliedsbuch und Funktionärkarte gelten als Ausweis. Die Stadt- und Bezirksverordneten sind besonders eingeladen. **Der Bezirksvorstand.**

Gr. öffentl. Versammlung
Donnerstag, den 5. Juli, abends 7 Uhr, im Großen Saal des Lehrervereinshauses, Alexanderstr. 41, am Alexanderplatz

Tagesordnung:

Das Fechenbach-Urteil! Die Reaktion in der Justiz!

Redner sind: Reichstagsabgeordneter **Wilhelm Dittmann**, Rechtsanwalt **Dr. Hirschberg-München**, der Verteidiger Fechenbachs, Kammergerichtsrat **Dr. Freymuth**, **Dr. Artur Eloesser** vom Schutzverband deutscher Schriftsteller.

Zur Deckung der Unkosten 800 Mark Eintritt.

Bezirksverband Berlin der Vereinigten Sozialdemokr. Partei.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Arbeiter-Abstinentenbund. Abt. Neukölln. Mittwoch, den 4. Juli, im Guttempler-Logenheim, Hansa-, Ecke Weserstraße, ½8 Uhr Vortrag: Dr. Drucker, „Jugend und Geschlechtsleben".

Verein der Freidenker für Feuerbestattung. 12. Bezirk. Mittwoch, den 4. Juli, 7 Uhr, Mitgliederversammlung im Restaurant „Albrechtshof", Steglitz, Albrechtstraße. Tagesordnung: Beitragserhöhung. — Bezirksangelegenheiten. Mitgliedskarte ist am Eingang vorzuzeigen.

Verein der Freidenker für Feuerbestattung, Schöneberg-Friedenau. Morgen, Mittwoch, 7½ Uhr, Mitgliederversammlung im Restaurant Lindenhof, Hauptstr. 14.

Sport.

Rennen zu Ruhleben am Montag, den 2. Juli.

1. Rennen. 1. Nachtfalter (H. Grube), 2. Ima Guh (Großmann), 3. Bergschwalbe (W. Lomzer). Toto: 15 : 10, Platz: 10, 10 : 10. Ferner lief Blaumeise.

2. Rennen. 1. Adler (Jürgens), 2. Princ Magowan (Barnewitz), 3. Allertons (Köpke). Toto: 67 : 10, Platz: 19, 33, 16 : 10. Ferner liefen: Heiderose, Sybill, Film, Willkür, Niagara I, Bella Dawsson, Wassander, Flieger, Edinhard, Pontresina, Mocuna, Ypsilanti, Direktor, Berthold, Walfisch.

3. Rennen. 1. Allerne (Rogowski), 2. Exzellenz (E. Weiß), 3. Heideprinz (H. Grube). Toto: 32 : 10, Platz: 18, 34, 17 : 10. Ferner liefen: Deborah W, Aurora II, Alpenfex, Abdul Silver, Kronprinz I, Mac Gregor, Dollander, Lumpi, Hochstapler, Joseph, Ehrengabe, Cypresse II, Alba, Larifari, Sirene I, Midas I, Jason jr., Ludmill I.

4. Rennen. 1. Erdmann (M. Ringius), 2. Josef (W. Freundt), 3. Schlips (Rückert). Toto: 57 : 10, Platz: 26, 34, 63 : 10. Ferner liefen: Araber, Matador I, Timolo, Hartenfels, Fiscus, Durchbruch, Bärbel, Stuart Webbs, Brilon, Fasner Woodl., Gudrun II, Frühauf, Lg. Carl, Dody, Flott, Monarchist.

5. Rennen. 1. Ocean Girl (Großmann), Ludwig R. (W. Krauß), 3. Angora (H. Grube). Toto: 15 : 10, Platz: 13, 21, 17 : 10. Ferner liefen: Wahnwitz, Herodes, Cover Maid, Lady Bosworth, Interpellant, Rosa Forbes.

6. Rennen. 1. Dollyja (E. Weiß), 2. Harlekin (Begall), 3. Cobra (H. Grube). Toto: 26 : 10, Platz: 13, 56, 12 : 10. Ferner liefen: Stella Dorf, Johannisfeuer, Maikönigin I, Erst. Wolfers, Else B. I, Baldrian I, Ballonkönigin, Jeffries jr., Dr. Lem jr., Lump, Johanniskäfer, Gawein.

7. Rennen. 1. Pep (Großmann), 2. Claudia (Preußler), 3. Linsko (Kozal). Toto: 15 : 10, Platz: 14, 66, 39 : 10. Ferner liefen: Cor. Mc Kinney, Schwarzwaldm., Coriolanus, Michel Angelo, Frl. v. Lindow, Goudster jr., Omega, Sieglecht, Lockung, Illusion.

8. Rennen. 1. Seewind (Knöpnadel jr.), 2. Clematis II. (H. Grube), 3. Peter I. (Ringius). Toto: 49 : 10, Platz: 16, 16, 20 : 10. Ferner liefen: Flora Bing, Dabendorferin, Heidemann, True Fox, Hallus, Zeitgeist, Ditomar, Marschall Hindenburg, Barde, Filmdiva, Leichtsinn, Taifun I.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin S 54, Linienstraße 83/85
Geschäftszeit vorm. 9 Uhr bis nachm. 4 Uhr.
Telephon: Amt Norden 833 bis 836 und 6392 bis 6395.

Achtung, Goldschmiede!
Dienstag, 3. Juli, nachm. 4½ Uhr, in den **Akadem. Bierhallen,** Dorotheenstr.

Versammlung
aller Kollegen und Kolleginnen
Tagesordnung: Bericht der Kommission.

Achtung, Silberschmiede!
Mittwoch, 4. Juli, nachm. 4½ Uhr, im **Dresdener Garten,** Dresdener Str. 45

Versammlung
aller Kollegen und Kolleginnen
Tagesordnung: Bericht der Kommission.

Dienstag, 3. Juli, nachm. 5½ Uhr, im **Arbeitslosensaal,** Linienstr. 83—85

Vertrauensmänner-Konferenz
der Bau-, Geldschrank- u. Möbelschlosser
Tagesordnung: Bericht der Verhandlungskommission.

Mittwoch, den 4. Juli, abends 6 Uhr, Bötzow-Brauerei (großer Saal), Prenzlauer Allee 242

Branchenversammlung
der Bauschlosser
Tagesordnung: 1. Bericht der Tarifkommission. 2. Branchenangelegenheiten
Ohne Mitgliedsbuch **kein Zutritt!**

Achtung, 12. Bezirk!
Die Vertrauensmännerkonferenz am Mittwoch, den 4. Juli, findet nicht im Gymnasium Herfestr. 15, sondern bei Borchmann, Rheinstraße 40, statt.
29/1 **Die Ortsverwaltung.**

Innungskrankenkasse der Juweliere, Gold- und Silberschmiede (Zwangsinnung) zu Berlin.

Bekanntmachung.

Infolge der Verordnung vom 22. Juni 1923 betr. die Versicherungsgrenze und Grundlohn in der Krankenversicherung treten vom 2. Juli 1923 Lohnstufen, Grundlöhne und Beiträge, die für jeden Kalendertag erhoben werden, in Kraft:

Lohnstufe	Entgelt f. jeden Kalendertag M.	Grundlohn M.	Beitrag f. 1 Kalendertag M.
1	bis . . . 1000	750	35
2	üb. 1000— 2000	1500	105
3	„ 2000— 6000	4000	280
4	„ 6000—12000	9000	630
5	„ 12000—18000	15000	1050
6	„ 18000—24000	21000	1470
7	„ 24000—30000	27000	1890
8	„ 30000—36000	33000	2310
9	„ 36000—42000	39000	2730
10	„ 42000—48000	45000	3150
11	mehr wie 48000	54000	3780

Auf die höheren Barleistungen besteht erst ein Anspruch vom 23. Juli 1923. Die Versicherungsgrenze ist vom 15. Juni 1923 auf 9 720 000 M. und vom 22. Juni 1923 auf 21 000 000 M. erhöht worden.

Gleichzeitig geben wir bekannt, daß die 11. Satzungsänderung mit Ausnahme der §§ 5 und 10 vom Oberversicherungsamt genehmigt worden ist. 14/11

Der Vorstand
Max Rost, Vorsitz. **Hugo Herz,** Schriftf.

Deutsche Central-Bodenkredit-Vereinigung

Preußische Central-Bodenkredit-Aktiengesellschaft in Berlin
Deutsche Grundcredit-Bank zu Gotha in Berlin
Rheinisch-Westfälische Boden-Credit-Bank in Köln
Braunschweig-Hannoversche Hypothekenbank in Hannover

Weitere Voranmeldungen auf die neuen

10—20%igen

Kommunal-Schuldverschreibungen

der obigen Banken

werden bis zur Einführung an der Börse

zum Kurse von 115%

zu den sonst gleichen Bedingungen wie bisher außer bei den obigen Hypothekenbanken und den bekannten Zeichenstellen bei allen Banken und Bankfirmen — stempelfrei für den ersten Erwerber — entgegengenommen.

Mord!

Am Sonnabend, den 23. Juni 1923, morgens etwa ½7 Uhr, ist im Kreise Königsberg (Neumark), an der Chaussee Fürstenfelde (Neumark)—Quartschen bei Kilometerstein 34 in einer Kiefernschonung, etwa 30 Schritt von der Chaussee entfernt, in der Erde vergraben eine unbekannte männliche Leiche von etwa 20—25 Jahren, mit langem dunkelblonden Haar, gefunden worden. Die Leiche weist mehrere Stich- und Schußverletzungen auf. Sie war bekleidet mit einer feldgrauen Drillichjacke, die auf der Innenseite den Namen „Bahus" mit Tintenstift geschrieben trägt, graubrauner, gestreifter Hose mit einem Flicken auf dem Knie, und dünnen lilablauen Strümpfen. Alle anderen Kleidungsstücke fehlen. In der Hose fanden sich in einer Tasche die Zettel eines Abreißkalenders von 1923, und zwar die Tage 21. Juni, 4. November und 31. Dezember. Auf den Zetteln sind u. a. Beginn von Ebbe und Flut in Hamburg und Bremerhafen aufgedruckt. Neben dem Loch, in welchem die Leiche verscharrt war, lag ein noch gut erhaltener feldgrauer langer Mantel mit dem eingedruckten Stempel F. A. R. 4 und der Jahreszahl 1916. In der einen Tasche des Mantels fanden sich zwei Eintrittskarten „Reservierter Platz" Nr. 49 und 50 der Clou-Lichtspiele, Magdeburg, Breiteweg 84 (Farbe: blau), zwei Eintrittskarten „2. Platz" Nr. 61 410 und 68 667 des Union-Theaters Küstrin-Neustadt, Plantagenstraße 1 (Farbe: gelb), ein Fahrschein über 20 Pf. der Groß-Berliner Straßenbahn Nr. 22 154 und ein Fahrschein über 20 Pf. der Magdeburger Straßen-Eisenbahn-Gesellschaft Nr. 19 804, außerdem noch ein kleines Taschenfeuerzeug. An der Chaussee lag ein kurzer, bis an die Knie reichender Mantel aus wasserdichtem, feldgrauen Feldbahnstoff. Beide Mäntel weisen im Innern größere Blutflecke und auch geronnenes Blut auf. Der Tote gehört vermutlich zu umherfahrendem Volk. Die bei dem Toten gefundenen Sachen liegen bei der Polizeiverwaltung Küstrin-Altstadt zur Besichtigung aus. Zweckdienliche Nachrichten über die Persönlichkeit des Ermordeten sind zum Aktenzeichen 2. J. 2120. 23 an mich unmittelbar zu richten.

Landsberg a. d. W., den 27. Juni 1923.
Der Untersuchungsrichter.

Metallbetten
Stahlmatratz., Kinderbetten dir. an Priv. Kat. 30A frei. **Eisenmöbelfabr. Suhl Thür.**

Verkäufe

Nähmaschinen, neue, gebrauchte, Adler, Phönix, Singerbobbin. Kasiorn, Kottbuserdamm 6, vorn hochparterre.

Nähmaschinen. Gelegenheitskäufe wenig gebrauchter Maschinen mit Garantie nur bei Fischer, Potsdamerstraße 103, Nollendorf 6682.

Leiterwagen, Kastenwagen, Federhandwagen, Schubkarren, Einzelräder, Achsen billig Globus, Dresdenerstr. 55.

Kredit-Roth. Künstler-Gardinen, Madras, Stores, Bettdecken, Tisch- und Chaiselonguedecken, große Auswahl, aparte Muster, bequeme Teilzahlung. Elsasser Straße 44 I, Oranienburger Tor.

Sofort Verdienst ohne Risiko durch den Verkauf unserer Strumpfwaren mit Schönheitsfehlern, die 30 bis 90 Prozent billiger als reguläre Strümpfe sind. Feine Kunstseide- und Seidenflorstrümpfe von 6000 Mark an. Garantie Rücknahme und Rückzahlung, wenn nicht verkauft. A. Rauschke, Strumpfwaren-Engros, Alexandrinenstraße 46, Telephon Moritzplatz 137 26.

Bettwäsche. Billige Aussteuertage bis 7. Deckbettbezüge 79 500.—, Bettlaken 48 500.—, Inletts 68 750.—, Wäschestoffe, Daunendecken, Tischwäsche, Frottierwäsche, Ueberschlaglaken, Damast, Handtücher Fabrikpreise. Reelle, fachmännische Bedienung. Aelteste Spezial-Bettwäschefabrik, Gräfestraße neununddreißig (Hasenheide), Brunnenstraße 19 (Rosenthalerplatz), Spandau, Potsdamerstraße 20.

Zigarren kaufen Sie vorteilhaft (Proben 50 Stück unter Nachnahme zu Diensten) von Kurt Sachse, Zigarrenfabrik, Waldheim i. Sa.

Bekleidung

Leihhaus Friedrichstraße 2 (Hallesches Tor) verkauft elegante Herrenanzüge, Covercoats, Schlüpfer, Gummimäntel, Hosen, Sportpelze, Gehpelze, Autojacken, Sealmäntel, Kreuzfüchse, Blaufüchse, Wölfe zu enorm billigen Preisen. Keine Lombardware.

Versuch macht klug! „Leihhaus" Brunnenstraße 5. Firma „Lieni". Täglich großer Verkauf maßmäßig hergestellter Anzüge, Paletots, Schlüpfer, Cutaways, Hosen. Riesen-Auswahl. Pelzwaren: Gehpelze, Sportpelze, Kreuzfüchse, Fliegen, in großer Auswahl, konkurrenzlos billig! Keine Lombardware.

Leihhaus Warschauerstraße 7. Gelegenheitskäufe. Riesenauswahl. Spottpreise.

Teilzahlung. Garderoben für Herren: Anzüge, Schlüpfer, Paletots, Hosen, Burschenanzüge, Einsegnungsanzüge. Für Damen: Kostüme, Mäntel, Kleider, Gummimäntel. Günstige Bedingungen. Grebler, Weinbergsweg 4, Rosenthaler Platz, und Oberschöneweide, Edisonstraße 13.

Pelzwaren 50 Prozent herabgesetzt! Kreuzfüchse, Wölfe, Weißfüchse, Pelzmäntel, Jagdjacken, Sportpelze, Gehpelze, ferner Herrenanzüge, Schlüpfer, Kostüme, Mäntel verkauft Leihhaus, Moritzplatz 58a. Keine Lombardware.

Kreuzfüchse 45 000.—, Wolfsfelle 195 000.—, Gummimäntel, Anzüge, Pelzwaren, spottbillige Sommerpreise. Neuwaren. Leihhaus Reinickendorferstraße 105, Nettelbeckplatz.

50 Prozent billiger kaufen Sie Sealmäntel, Pelzjacken, Pelzkragen, Sportpelze, Gehpelze bei Goldmann, Alexandrinenstraße 44 II, Ecke Kommandantenstraße.

Möbel

Metallbetten, Korbmöbel und Klappsportwagen billig. Ball, Große Frankfurterstraße 47. Alexander 3186.

Patentmatratzen, Auflegematratzen, Chaiselongues, Metallbetten. Walter, Stargarderstraße achtzehn.

Metallbetten 80 000.—, Chaiselongues 150 000.—, Patentmatratzen, Polsterauflagen, Kinderbrahtbett. Melcke, Auguststraße 22a, Quergebäude.

Möbel-Lechner, Brunnenstraße 7, offeriert Schlafzimmer, Speisezimmer, Herrenzimmer, Klubgarnituren, Korbmöbel, Küchen usw. Große Auswahl. Besuch lohnend, auf Wunsch Zahlungserleichterung.

Möbel gegen bar oder Teilzahlung zu billigsten Preisen bei kleiner Anzahlung und Abzahlung. Schlafzimmer, Speisezimmer, Herrenzimmer, Küchen, Einzelmöbel liefert Landwehr, Müllerstr. 7, Weddingplatz.

Metallbetten, Kinderbetten, Doppelbetten, Messing-Bettstellen, Chaiselongues, Küchen billig. Spezialhaus, nur 63, Auguststraße 63.

Im großen Möbellager, wenig Miete, daher preiswert. Schlafzimmer, Wohnzimmer, Küchen, auch Einzelmöbel. Schriftliche Garantie, Zahlungs-Erleichterung. Schatz, Brunnenstraße 160. Achtung, Eingang Anklamerstraße.

Musikinstrumente

Pianos preiswert. Klaviermacher Link, Brunnenstraße 35.

Grammophone, elegante Schrankapparate, billigste Gelegenheiten. Zwigers, Charlottenstr. 74/75.

Flügel, Pianos, ständig Gelegenheiten. Rabenstein, Münzstr. 10.

Kaufgesuche

Nähgarnankauf, Verschiedenes. Schön, Kottbuserufer 25a.

Pianos kauft Karsiol, Dresdenerstraße 54, Moritzplatz 128 45.

Pianos, Flügel kauft zu höchsten Tagespreisen Pianomagazin, Barbarossaplatz 2, Nollendorf 3097.

Pianos, Flügel Perserteppiche, Brücken höchste Tagespreise. Pianohaus Hever, Pallasstraße 9. Kurfürst 9104.

Mauserpistolen, große, mit Holzanschlagfutteral, Jagdwaffen aller Art, Prismenfeldstecher, feldgraue 08 usw. bezahlt stets höher wie jede Konkurrenz. Preußner, Neukölln, Teltower Str. 11, I.

Säckeankauf, Bindfaden, Garn, Holzkamm, Kaiser-Friedrich-Straße 42, Angermünderstraße 23.

Briefmarken, einzelne, Sammlungen, kauft Keßler, Lausitzerstraße 52. [3047b]

Säckeeinkauf, Rühgorn, Swinemünderstraße 7, Humboldt 480.

KOW-Zinnschmelze kauft Altzinn, Geschirrzinn, Weichblei und sämtliche Metalle. Andreasstraße 49.

Fahrradankauf, höchstzahlend, Dresdenerstraße 120, Moritzplatz 8780.

Säckeankauf Gollnowstr. 9.

Prismenferngläser 08, Feldstecher, Photoapparate, Mikroskope, Brillanten kauft Wertzentrale Belle-Alliancestr. 97.

Klavier, guterhaltenes, sucht Voigt, Neukölln, Sanderstr. 30. Für Klaviernachweis zahle 200 000. Telephon: Neukölln 4392. Gewerblich.

Säcke, Plane, Emballage, Zwirne kauft höchstzahlend Ablich, Linienstr. 44 (Schönhausertor). Norden 2884.

Silberschmelze Christionat, Köpenickerstraße 20a (gegenüber Manteuffelstraße), kauft Zahngebisse, Platinabfälle, Schmucksachen, Glühstrumpfasche, Quecksilber, sämtliche Metalle. 1428*

Schallplatten, alte, zerbrochene, kauft zu höchstem Tagespreis. Ringewald, Schreinerstr. 57, Hof parterre.

Prismengläser, höchstzahlend. Frank, Blücherstraße 56.

Photoapparate, höchstzahlend. Frank, Blücherstraße 56.

Feldstecher, feldgraue, 0.8, höchstzahlend. Frank, Blücherstraße 56.

Höchstzahlend kauft Kabel, Litzen, Kupferdrähte, Wachsdrähte, Spulendrähte, Motoren, Glühlampen sowie sämtliches Installationsmaterial Elektrizitäts-Werkstätte, Neukölln, Kottbuser Damm 96, Moritzplatz 163 68.

Metallschmelze! Zinn, Quecksilber höchstzahlend. Christionat, Schlesischestraße 39.

Feldstecher, feldgraue, 08, Prismengläser, Photoapparate, kauft Haller, Eichendorffstraße siebzehn, Stettiner Bahnhof.

Holzschrauben, Nägel, Feilen kauft Otto, Neukölln, Berliner Straße 50, 5—7.

Geigen, Celli, auch zerbrochene, für Export, höchstzahlend. Pfalzburg 4851, Berliner Straße 160, Wilmersdorf, Papierhandlung.

Pistolen, Feldstecher, Zeiss höchstzahlend. Rose, Gollnowstr. 16.

Roßhaare, Altgummi, Zelluloidabfälle, Metalle, Säcke, Photoplatten kauft Horn, Grüner Weg 24, Königstadt 6867.

Elektromaterial, Leitungsdrähte, Litzen, Meßinstrumente, Glühlampen, Telephone, Zähler, Elektromotoren kauft Koster, Brückenstraße 15a.

Spulendrähte, Seidendrähte, Baumwolldrähte, Emailledrähte, Leitungsdrähte, Schalter, Fassungen kauft Schindler, Annenstraße 48, vorn 1 Tr., Telephon Moritzplatz 109 77.

Mauserpistolen, Kisser 1000, mit Kasten, andere Pistolen, Jagdgewehre, Prismenfeldstecher, auch 08, feldgrau, kauft zu garantiert höchsten Preisen Kirstein, Linienstr. 50.

Ankaufsstelle, Fahrräder, Feldgläser, Photoapparate, Musikinstrumente, jede Wertsache. Hermannstraße 18, Nebstora.

Sektkorke, Weinkorke, Stanniol kauft Reike, Belle-Alliance-Straße 95.

Sektkorke kauft Belle-Alliance-Str. 95.

Weinkorke kauft Belle-Alliance-Str. 95.

Filmabfälle kauft Belle-Alliance-Str. 95.

Altmetalle, Belle-Alliance-Straße 95.

Filmabfälle, Rollen und Zelluloidabfälle kauft Reike, Belle-Alliance-Str. 95.

Zahngebisse, Zahn 20 000 aufwärts, Gold, Silberbruch, Höchstpreis, kauft Zahnpraxis Hallmannstr. 12.

Schallplatten! Zahlen Höchstpreis. Ankaufszentralen Landsbergerstr. 92, Langestr. 34, Musikhaus Prinzenallee 2, Schönhauser Allee 50, Hof I, Musikhaus Reinickendorferstr. 4.

Geschäftsankäufe

Flüchtlinge suchen dringend Existenzgeschäfte, Grundstücke. Degen, Chausseestraße 116, Potsdamerstraße 68. Anrufen: Norden 62, Kurfürst 3086.

Autozubehör

Zündkerzen, Glühbirnen kauft Rösler, Friedrichsgracht 5—6.

Werkzeuge u. Maschinen

Kugellager, Boschzündkerzen, Magnete, Vergaser kauft Mechanische Werkstatt, Gartenplatz 5.

Kugellager, Autozubehör kauft Golubew, Schönhauser Allee 127.

Kugellager, Autozubehör kauft höchstzahlend Pilz, Reinickendorferstraße 20.

Nägel, Maschinenschrauben, Holzschrauben kauft Krause, Wicherstr. 40.

Kugellager, Spiralbohrer, Gewindebohrer, Sägeblätter, Schrauben kauft Köpenickerstraße 98 III.

Verschiedenes

Gewissenhafte Untersuchung. Erfahrene Hebamme Eckel, Bülowstr. 63.

132 000 Reitsuchende! Vereinigung der Rechtsfreunde: nur Friedrichstraße 127. Anerkannte Prozeßabteilung. 9—7.

Ehrenerklärung! Erkläre Fräulein Boem als ehrenhafte Dame. R. Wilhelm. 31635

Geldverkehr

Sofort Geld auf jede Wertsache, auch mit Rückkauf, Markgrafenstraße 67, Zigarrenladen.

Arbeitsmarkt

Stellenangebote

Meister, allererster Fachmann der Kunsthorn-, Bein- und Elfenbeinbearbeitung, zum Aufbau in selbständiger, sehr aussichtsreicher Stellung für sofort gesucht. Chiffre H. 60 Expedition des Vorwärts.

Autoklempner, älteren, stellt sofort ein. Autobau Ofenerstr. 4—5. 34/1

Stellenangebote finden im Vorwärts beste Beachtung!

Fertigpolierer und Zusammensteller
stellt ein
Otto Marquardt, Berlin-Lichtenberg, Siegfriedstr. 202.

„Vorwärts"-Austrägerinnen
werden sofort eingestellt

Berlin, Baerwaldstr. 47
„ Bastianstr. 7
„ Greifenhagener Str. 22
„ Immanuelkirchstr. 24
„ Petersburger Platz 4
„ Waitstr. 9
„ Wilhelmshavener Str. 48
Charlottenburg, Sesenheimer Str. 1 (Tour Kaiser-Friedrich-Straße)
Mariendorf, Chausseestr. 29, Leip
Neukölln, Neckarstr. 2
„ Siegfriedstr. 28/29
Reinickendorf-Ost, Provinzstr. 56
Schöneberg, Belziger Str. 27
Tempelhof, Kaiser-Wilhelm-Str. 18
Treptow, Kiefholzstr. 18b